

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mk. pro Woche, 7.50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. V. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 23 836. - Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 14. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 3-spaltige Mittelzeile ober deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Retraite: Die Mittelzeile, 3-spaltig ober deren Raum im Text 2.- Mk.

Der Kapp-Prozess in Leipzig.

Gustav Noske, der SPD-General, wieder an den Pranger gestellt.

Die weitere Vernehmung von Zeugen ergibt mit aller Klarheit, daß die Regierung Noske-Ebert rechtzeitig Kenntnis hatte von allem, was schon Wochen vorher von Kapp und Ehrhardt bis zum 13. März gesponnen ward. Dagegen tat sie nichts. Warum? Es wurde unter Eid von einigen Zeugen ausgesagt, daß Noske im Juli 1919 im Grunde einverstanden war mit einer eigenmächtigen Aktion der Ostpreussischen Reichswehr gegen Polen. Nur durch das Abweichen der Politiker ist dies verhindert worden. Oberst Stockhausen erklärte, daß zwischen Lüttwitz und Noske ebenso wie zwischen Lüttwitz und Ebert das beste Einverständnis herrschte und Ludendorff, der dieses wissen muß, gab wissend durch bekannt, daß in dem Kreise der Generale mit einer Diktatur Noske schon im Juli 1919 geliebäugelt wurde.

Der Vers auf das Verlangen der Ebert-Noske-Regierung im Kapp-Putsch ist nach alledem nicht schwer.

Wie herrlich es im Reiche Gustav Noskes zur Zeit des Putschgeschehens, illustriert der Admiral v. Trotha, als er erzählt, daß der Alarmbefehl, mit dem die regierungstreuen Truppen aufgerufen werden sollten, auch der Brigade Ehrhardt übermittelt ward, so daß sie unter Berufung auf denselben Befehl, mit dem sich die Regierung schützen wollte, vor den Döberikern, marschierte auf Berlin.

Das eine ist schon heute vollständig klargestellt: der Putsch war keine finstere Verschwörung, er wurde vorbereitet am hellen lichten Tag, bekannte Politiker und die Regierung waren orientiert. Und trotzdem fiel die Herrlichkeit der Noske-Bauer wie ein Kartenhaus zusammen, als Ehrhardts Sturmhelm unterm Brandenburger Tor erschien.

Aus den Zeugenaussagen geht deutlich hervor, daß das damalige Ministerium Noske-Bauer-Schiffer gar nichts getan hat, die Vorbereitungen zum Rechtsputsch, die sehr offen betrieben wurden, zu unterbinden. Noske, der Held, fühlte sich kolossal geschmeichelt, wenn ihm einer dieser deutschnationalen Hochverräter kordial die Hand drückte, und merkte nicht, daß sie sich über ihn lustig machten und unter seinen Augen der Kapp-Putsch bis ins Kleinste vorbereitet wurde. Dieser kleine Ludendorff spielt eine fast noch traurigere Rolle, als die feigen Kappisten. Dieser Mann, der in Arbeiterblut wadete, der rücksichts- und erbarmungslos gegen seine eigenen Klassengenossen mit Maschinengewehren und Handgranaten vorging, brachte nicht den Mut auf, gegen die Putschisten, von deren Zielen er vollständig unterrichtet war, das Geeringste zu unternehmen. Er sah diesem Treiben zu und türmte dann...

Zeuge Rittergutsbesitzer Stubbendorff berichtet von Verhandlungen mit Generalkonsul Schiffer, die er im Auftrage Kapps geführt hat. Er machte ihnen vor dem Bolschewismus graulich. Wie sie darauf reagierten, berichtet er leider nicht.

Die Schließung der Berliner Universität erfolgte, weil sich Studenten beklagten, daß die jüdischen unpartriotschen Studenten Vorteile fürs Examen hätten, während die nationalen Studenten freimüßigen Militärdienst leisten. Er gibt an, er habe Jagow aufgefordert, die Leitung der nationalen Vereinigung zu übernehmen.

Zeuge Delitz wird über einen Brief, den er an Ludendorff in den ersten Märztagen geschrieben hat, vernommen. Es ist darin die Rede von einer Zurückhaltung der Lebensmittel durch die Bauern in Mecklenburg und das Gerücht, daß Geheimrat Kapp loszuschlagen beabsichtigt. Es bestand der Plan, die Führer der Kommunisten in der Nacht vor dem Loszuschlagen zu beseitigen. Alle Zeugen mit Ausnahme von Stiggendorf und Trotha werden vereidigt. Auch Ludendorff schwört, daß er nichts verschwiegen habe, „so wahr mir Gott helfe“.

Nach dem General v. Seede wurde der deutschnationale Abgeordnete Hergt vernommen, der sich über seine Beziehungen zu den Kappisten ausließ.

Der Zeuge Hergt schildert dann weiter die Besprechungen im Reichsjustizministerium. Schiffer sagte, Verhandlungen mit Kapp kommen nicht in Betracht, aber man könne ja Besprechungen halten. Hauptmann Babsi sagte immer: Man müsse über die Bedingungen verhandeln. In einer späteren Besprechung sagte dann Schiffer: Damit ist die Sache für mich erledigt, da mache ich nicht mehr mit; aber ich kann Ihnen ja meine Räume zur Verfügung stellen. Dann führte Staatssekretär Joel die Verhandlungen, aber Schiffer war als Zuhörer doch häufig anwesend, wenn er nicht gerade mit der Regierung in Stuttgart sprach. Es wurde über die Amnestie verhandelt. Die Staatsanwaltschaft...

musste zunächst eingreifen, bis die Nationalversammlung die Amnestie erlasse. Wir wollten eine parlamentarische Mehrheit für die Amnestie schaffen. Joel machte darüber eine Niederschrift. Lüttwitz kam aber immer wieder auf die Amnestie zurück. Zwei Offiziere meldeten Lüttwitz, daß die Reichswehr nicht mehr hatte. Lüttwitz wurde totenblau. Diese Katastrophe hatte er nicht vorausgesehen. Stresemann und ich waren tieferschüttert. Lüttwitz erklärte sich dann doch zum Rücktritt bereit. Nach Hergt wird der volksparteiliche Abgeordnete Heinz vernommen der sich als früherer Reichsjustizminister und königlich sächsischer Staatsminister a. D. bezeichnet. Er berichtet ebenfalls über die Besprechungen mit Lüttwitz am 4. März und eine Unterredung mit dem General im Reichstag. Ich sagte: Es gibt doch kein Mittel, um die aufgelösten Truppen zu halten. Lüttwitz erwiderte, dann gehe er auf die Reichsbank und hole sich Geld. Wenn er aber festgesetzt werde, würden seine Offiziere alles kurz und klein schlagen; er würde auch den Reichspräsidenten absetzen. Ich hielt dies für Verhörererei und beruhigte ihn schließlich sagte er mir, er sei sich seines Eides voll bewußt. Zeuge General v. Hülsen sagte am Abends des 11. März den Entschluß, unter allen Umständen die Bahn Berlin-Potsdam in die Hand zu nehmen. „Am anderen Morgen in Potsdam hörte ich, daß die Regierung Berlin verlassen habe. General Reinhardt fragte mich: „Was wollen Sie tun?“ Ich fragte: „So ist die alte Regierung?“ — „Die ist zerplatzt!“ war die Antwort. Mein Vorgesetzter gab mir keinen Befehl, sondern nur einen guten Rat. „Am 12. März abends erfuhr ich auch von Oberst Feld, daß die Garnisonen Berlin, Spandau usw. alarmiert seien. Der Alarmbefehl war von Noske unterzeichnet worden.“ Auf den Hinweis des Präsidenten, daß der Befehl auch an die Marinebrigade 2, welche Ehrhardt unterstand, übermittelt worden sein soll, obwohl sich der Alarm gegen sie richtete, erklärte von Hülsen: Es sind noch andere humoristische Dinge vorgekommen.“

Dann kommt Noske!

Dabei gibt es einen Zwischenfall insofern, als die Verteidigung seine Vereidigung beanstandete. Noske hätte es unterlassen und sich deshalb strafbar gemacht, sofort nachdem er Kenntnis von einem hochverräterischen Unternehmen hatte. Anträge zu erstatten. Noske erklärte, es sei ihm gleichgültig, ob er vereidigt würde oder nicht.

Zur Zeugenaussage Noskes bemerkt die deutschnationale Presse: Die schon aus den übrigen Aussagen hervorging und wie er bestätigte, kannte er die Ziele der Nationalen Vereinigung wußte, daß geplant war, Westpreußen für Deutschland zu retten, wußte er auch, daß sich eine Abwehrfront gegen den anwachsenden Bolschewismus gebildet hatte. Er hat diese Bewegung sogar gefördert.“

Ueber die Vorgehensweise des Kapp-Putsch gibt Noske an: Lüttwitz hatte sich in Besprechung, die ich kurz vor dem Kapp-Putsch mit ihm hatte, reiflich auf die Forderungen der deutschnationalen Partei festgelegt. Lüttwitz war der Ueberzeugung, daß nach der Schneeschmelze die Russen gegen Polen und Ostpreußen marschieren würden. Ich habe gehört, daß Lüttwitz am 1. März bei einer Parade der Marinebrigade Ehrhardt gesagt hatte, sie solle nicht aufgelöst werden.

Am 7. März forderte General Lüttwitz die Aufrechterhaltung der Marinebrigade. Ich lehnte dies ab und ließ die Marinebrigaden dem Oberbefehl des Admirals von Trotha unterstellen. Am 10. März wurde ich von Offizieren darauf aufmerksam gemacht. General Lüttwitz wollte eine Dummheit machen. Bei einer Besprechung, die Lüttwitz am 10. mit dem Reichspräsidenten hatte, brachte Lüttwitz verschiedene Beschwerden vor. Bei dieser Unterredung hat General Lüttwitz zum erstenmal prononzierte Forderungen aus dem Programm der deutschnationalen Volkspartei vorgebracht. Ich habe General Lüttwitz sehr energig zurückgewiesen und ihm erklärt, er täusche sich, wenn er glaube, er habe die Mehrzahl der Offiziere hinter sich. Ueber die Stimmung in der Reichswehr war ich besser unterrichtet als Lüttwitz (?). Am 11. erwartete ich das Rücktrittsgesuch von Lüttwitz. Ich habe dann, als beunruhigende Nachrichten kamen, Verhaftungsbeefehle gegen Hauptmann Babsi, Oberst Bauer, Kapp erlassen. Die Berliner Polizei hat dabei teilweise verjagt. Selbst Admiral Trotha war am Abend des 12. noch im Unklaren. Ich gab darauf dem Admiral Trotha den Auftrag, nach Döberitz zu fahren. Trotha berichtete nach der Rückkehr, daß im Lager alles ruhig sei. Trotzdem hatte ich angeordnet, die Berliner Garnison zu alarmieren. Es wurden die Maßregeln getroffen, die für größere Demonstrationen vorgesehen waren. Als ich in der Nacht durch die Stadt fuhr, war ich erstaunt, daß so wenig vorbereitet worden war. Es hätten jedenfalls Majingewehre aufgestellt werden sollen, um den Versuch zu machen, die Kapp-Brigade zusammenzuführen. Noske schildert die Besprechung im Reichstagspalais. Die anderen Minister wollten nichts von einem Widerstand wissen. Ich vertrete auch heute noch die Auffassung, daß durch den Widerstand eines Bataillons, das man auf der Heerstraße aufgestellt hätte, der ganze Spul zerplatzt wäre. Es wurde beschlossen, einige Minister sollten in Berlin bleiben, die anderen gingen außerhalb. Noske befand sich unter den letzteren.

Der Gipfel der Gemeinheit.

„Der erste Tag muß blutig sein...“ (Höring zum Sipo-Oberst Graf Poninski.) „Das Los der Gefangenen aus dem Märzauflauf ist furchtbar... Helft uns, den Opfern des grenzenlosen Betrugs eine kleine Weihnachtspende auf den Tisch legen...“ (Im Einverständnis mit dem Parteivorstand die Redaktion des „Vorwärts“ am 11. 12. 21.)

Die Mordhege der SPD. vom Januar 1919, die Taten des im Kappistenprozesse als Zeuge aufmarschierten Arbeiterbläuters Noske, alles was an gemeinen Verbrechern, an Morden, Einkerkelungen, Verböten gegen die Kommunisten gesehen ist, wird neuerlich aufgerührt durch die unerhörte Gemeinheit, die aus dem Sonntagsaufmarsch des „Vorwärts“ in fetten Zeilen dem Proletariat ins Gesicht geschleudert wird. Mit cynischer Frechheit, die selbst bei der Partei der Kabbbruch-Stampfer-Heine-Noske noch über-rascht, wagt man, für die hinter Festungsmauern schmachtenden Kommunisten eine Geldsammlung aus politischer Heuchelei und Parteinteressen auszuschreiben.

Wenn das Zentralorgan einer Partei, die durch eine blutige Revolte Regierungspartei wurde, den zielbewußten Revolutionären mit dem Gebot der Geseßlichkeit entgegen-tritt, so ist das unehrlich. Wenn die Partei des knochen-zerschlagenden Noske Pazifismus verbreiten will, so ist das ein dummer Trick. Wenn die Partei Seering-Höring-Höring, die den mitteldeutschen Arbeiteraufstand ausgeflügelt, provoziert und blutig niedergeschlagen hat, über die miß-leiteten Arbeiter spricht, so ist das schändlicher Betrug. Wenn aber die Gewaltmenschen und Arbeitermörder, die ministeriellen Dienstboten und Befehlsdurführer des Militärs, noch besetzt mit dem Blut der ehemaligen Kampfgossen, es wagen, für die Opfer ihrer eigenen Skrupellosigkeit Gelder zu sammeln, so ist das niederträchtige, gemeinste, bewußte Heuchelei. Man stelle sich an der Spitze einer Sammelliste vor: Noske für die Familien der gemordeten Proletarier 50 Mark, Heine für die Hinterbliebenen der (durch seinen Schießersack!) „auf der Flucht“ Erschossenen 75 Mark, Justizminister Kabbbruch für die von ihm nicht Amnestierten 100 Mark, Höring für die Opfer seiner Märzaktion 30 Mark. — Höher gehts nimmer!

Wohl haben die römischen Imperatoren den gefangenen Gegner gedemütigt, indem sie ihre Triumpfwägen mit dem Schmerz der Gefangenen ausschmückten, wohl haben die zaristischen Offiziere an der Vena in Sibirien sich an der Ironie der politischen Gefangenen ergötzt, nie aber ist es vorgekommen, daß die vermeintlichen Sieger den Klingel-beutel geschwungen haben, um die Not ihrer eigenen Opfer zu lindern. Die Not derer, die mit auf sozialdemokratisches Geheiß hin am 9. November die Waffen gegen den Kaiserismus erhoben, die auf sozialdemokratisches Befehl im März 1921 von Schwyobanden umzingelt und verhaftet wurden, die unter sozialdemokratischen Justizministern in die Gefängnisse wanderten, die Not der Opfer sozialdemokratischer Politik und Verräterei — diese Not wollen Sozialdemokraten mit Bettelpennungen lindern!

Das Weihnachtsfest rückt näher. Unter den Lichterbäumen wollen und sollen sich die arbeitenden Menschen in der kapitalistischen Hege des Alltags für einige Stunden freuen und nähertreten. Diese Stunde müßt ein raffiniertes Schieberpack aus, um Ehranerdrüsenstimung zu erzeugen, um seine Blutarbeit, seine eigene bewußt vollbrachte Blutarbeit verschwinden zu lassen unter einem Schleier von Milde und Barmherzigkeit. Die Leute, die einen Karl Liebknecht in den Tod hezten, die 20 000 Arbeiter seit dem November 1918 auf dem Gewissen haben, — es muß immer wieder gesagt werden — die Leute wollen unter dem Deckmantel der Liebe nicht ihrer eigenen Taten denken, — sie wollen der „Opfer der Kommunisten“ gedenken, von denen sie sich Briefe aus dem Zuchthaus schreiben lassen, die nur von dem einen Wunsche zeugen, um jeden Preis eines Jugendänderriffs die von den Hektern bisher verweigerte Amnestie doch noch zu erlangen. Sind diese Gefangenen doch durch die lange Einkerkelung im Gemüt zerrüttet und der Fühlung mit ihren Klassengenossen völlig beraubt.

Arbeiter! Verlangt die Durchführung der 10 Punkte des UDB.

Der „demokratische Geist“ in der Schupo.

Mehr als einmal ist von allen sozialistischen Arbeitern die Forderung aufgestellt worden: Demokratisierung der Schupo! Die SPD. versprach bei ihrem Eintritt in die Regierung, mit aller Kraft die Reichswehr, die Schupo und die staatlichen Behörden von Reaktionsären zu säubern.

Von einem Freunde unseres Blattes wird uns der Brief eines Schupobeamten zur Verfügung gestellt, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

Bernstadt i. Schl., den

„Mein lieber Emil!

Die Zustände hier sind erbärmlich. In „Herrn Schmidt“ haben wir uns alle getäuscht. Sein Vorgesetzter ist ein Unterwachtmeister der Gruppe West, der die gleiche reaktionäre Gesinnung hat. Schmidt ist überhaupt der größte Kommissar des Jahrhunderts. Verdienstkreuz hinten — Verdienstkreuz vorne — dazwischen erstes Gardeeregiment — Herr Leutnant — vor Zivilisten „Kraun“ stehen — im nächsten Jahre als Sieger in Paris — mehr Artillerie als im Kriege usw. Du siehst also, wessen Geistes Kind dieser Herr ist. Seine Ansichten teilt nur der Herr aus der Gruppe West. Wir anderen lassen ihn links liegen.

Außerdem wird hier schändlicher Verrat an der Reichsregierung und an der Verfassung getrieben. Überall Selbstschuß-Offiziere, Studenten, Beamte usw. Kürzlich hat ein Ordesch-Verbindungsoffizier vom Leutnant Kiemschy die Erlaubnis erhalten, auf der Amtsleitung der Schupo zu telefonieren. Der Kamerad, der sich weigerte, die Verbindung herzustellen, wurde von Herrn Schmidt mit „Meuterer“ in „Lied“, weil er „den Vorgesetzten nicht ausführen wollte“. Diese Herren sind eben glücklich, wenn ihnen mal Prinz Detar auf die Schulter geklopft hat. Als der Schupobeamte, der den Klappenschrak zu bedienen hatte, Herrn Schmidt darauf aufmerksam machte, daß er sich strafbar mache, wenn er eine von der Regierung verbotene Organisation unterstützte, antwortete ihm dieser, der Selbstschuß sei erlaubt. Von einer achtstündigen Arbeitszeit merken wir nichts, der Dienst dauert regelmäßig 11—12 Stunden. Wenn es hier so weiter geht, haben wir bald die schönste Umwälzung in Deutschland. Du glaubst garnicht, wie sich die Leuten hier über den Tod Erzbergers gefreut haben.

Bei der Bevölkerung sind wir auch schon sehr verhaßt. Neulich fand in diesem kleinen, 4000 Einwohner zählenden Städtchen eine friedliche Demonstration der Arbeiterschaft statt. Der Zug marschierte mit Musik zum Marktplatz. Hier wurde eine Ansprache gehalten. Ein unrufer Mensch (Student) schrie dazwischen, ohne das Wort zu haben: „Das ist alles nicht wahr usw.“ Die Folge war eine Tracht Prügel. Darauf sofortiger Anruf des Leutnants Kiemschy zur Wache. Alles mußte mit Pistole umgeschwänkt antreten. Das soll nun nicht aufreizend wirken. Zum Glück waren schon drei Polizeibeamte anwesend, die uns wieder fortschickten. Selbstverständlich haben wir uns durch diesen Aufzug bei der Bevölkerung sehr verhaßt gemacht. Die Leute scheinen überhaupt nicht über ihre Befugnisse Bescheid zu wissen. Wenn es sich um eine vom preussischen Innenminister befohlene Gesamtkaktion gehandelt hätte, dann wäre das Vorgehen des Leutnants richtig gewesen. So aber lag die oberste Polizeigewalt für den Ort in den Händen des Bürgermeisters und der hätte erst unsere Hilfe erbitten dürfen.

befreien oder ihr Los zu mildern. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der ganze Begnadigungsakt eine heuchlerische Komödie ist. Sie tritt durch die Entscheidungen der Gnadenrichter bei den Landgerichten immer deutlicher in die Erscheinung. Wieder sind im Büro unseres Genossen, Rechtsanwalt Hegewisch, eine Anzahl Entschiede eingegangen, die immer den gleichen Wortlaut tragen, wonach der Herr Reichspräsident einen Gnadenbeweis abgelehnt habe. Zur Abwechslung ging nun eine Liste ein, die acht Opfer der Weissen Justiz „begnadigt“.

1. Dem Genossen Schmeck, Maderling, ist durch Erlaß vom 11. August im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von 5 Jahren umgewandelt.

2. Dem Genossen Schneidewind, Helbrungen, durch Erlaß vom 23. August im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von gleicher Dauer.

3. Dem Genossen Naumann aus Rostbach durch Erlaß vom 23. September im Wege der Gnade in Gefängnisstrafe von gleicher Dauer.

4. Dem Genossen Petrasch, Unterröblingen, im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von einem Jahr.

5. Dem Genossen Diez, Unterröblingen, durch Erlaß vom 8. August im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von gleicher Dauer mit der Voraussetzung, daß der Verurteilte bis 31. August 1924 wegen eines nach der Entlassung begangenen Verbrochens oder vorsätzlichen Vergehens zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird.

6. Dem Genossen Vetter, Weissenhirnbach, durch Erlaß vom 1. August im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von gleicher Dauer.

7. Dem Genossen Labude, Unterröblingen, durch Erlaß vom 5. August 1921 im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von 4 Jahren.

8. Dem Genossen Lange aus Hebra durch Erlaß vom 11. August im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von 4 Jahren.

Da die Gefängnisstrafe wegen der unregelmäßigen Ernährung- und Arbeitsweise schlimmer auf den Organismus der Inhaftierten einwirkt, als in manchen langfristigen eingetragenen Zuchthäusern, bedeutet der ganze Gnadenakt eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, die verurteilt, ihre leidenden Brüder in den Gefängnissen während des Hungerstreiks zu unterstützen.

Das „Glend“ auf Schloß Doorn.

Die deutsch-nationale Presse macht Klatsch für Geschichtstabellen, die Wilhelm, der Deserteur, aus Langerweile zusammenstellte, um tendenziös die Unschuld seiner Regierung am Weltkrieg zu beweisen. Die „Deutsche Tageszeitung“ lobt diese private Umerhaltungsindustrie des gekrönten Mannes, der „im Glend“ sitzt. Sie vergißt wohlweislich hinzuzufügen, daß dieses Glend auf Schloß Doorn mit Hunderten von Millionen bevölkert ist, um die das deutsche Volk von seinen geliebten Hohenpostern noch immer betrogen und bestohlen wird.

Neue Kriegsverbrecher-Prozesse.

Sie verlaudet, wird vor dem Reichsgericht in Leipzig auf Forderung der Entente hier eine neue Serie von Prozessen eröffnet werden. Die erste Verhandlung wird gegen einen deutschen Major stattfinden, der nach der französischen Anklage in einem Ardennendorf, weil aus einem Heuschaber ein Schuß fiel, die männliche Bevölkerung zwischen vierzehn und sechzig Jahren antreten ließ und Befehl zur Erschießung jedes Fräulein gegeben haben soll.

Und doch weiß das Arbeitervolk, daß die kommunistische Parole der Einheitsfront trotz aller Gimmickderrats der SPD. und USF. Führer keine bloße Parole bleiben darf, sondern Tat werden muß. Weiß, daß alle Schaffenden, ob SPD., USF. oder KP. Genossen, ob Unorganisierte oder Gewerkschaftler, zusammenstehen müssen, wenn sie siegen wollen. In diesem Augenblick erlaubt sich eine Clique von Ministern ehemals „sozialistischen“ Anstrichs aus neue mit den Mitteln der schändlichen Verleumdung gegen eine große proletarische Partei vorzugehen, mit eiserner Stirn ihre eigene Blutschuld den Arbeitern selbst aufzubürden.

Wenn jetzt die Funktionäre der Ministerien in die Betriebe kommen, um zu sammeln, dann werden die Arbeiter aller Parteien ihnen die richtige Antwort nicht schuldig bleiben.

Politische Uebersicht.

Kreditaktion der Großindustriellen — dafür Steuerbefreiung und Privatisierung der Eisenbahnen zugunsten der Kapitalisten.

Auf der letzten Tagung des Reichswirtschaftsrates wurde erneut über den Gesetzentwurf über eine Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe verhandelt.

Hierbei erklärte Larnow namens der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer, daß er seine Zustimmung zur Vorlage der Kreditvereinigung gebe.

Der geheimnisvolle Schleiter, der bisher bei der Kreditaktion geschweigt hat, scheint sich endlich läuten zu wollen.

Während noch vor Weihnachten 24 Milliarden indirekte Steuern auf die Schultern des Proletariats abgewälzt werden sollen, erlauben sich nunmehr die Sümmen und Konkoriten durch ihre Kreditaktion, die nichts anderes darstellt, als eine Einigung mit den Kapitalisten der Entente über die gemeinsame Ausplünderung des deutschen Proletariats, die Steuerbefreiung und das Recht, die Eisenbahnen in die Tasche zu stecken.

Was die Gewerkschaftsbürokratie als ihr Programm aufgestellt hat, die Erfassung der Sachwerte, ist erledigt.

Der offizielle Vertreter der Gewerkschaften, Larnow, ist eingetreten für eine „freiwillige Aktion“. Von einem „Zwang“ der Sachwertfassung ist keine Rede. Dasselbe hat ja auch Scheidemann genügend deutlich in Köln festgestellt.

Das Bild ist völlig klar. Nach außen hin, für die rebellierenden Arbeitermassen, wird immer noch herumhaufert mit der Sachwertfassung, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge bereits so, daß nur noch verhandelt wird, wie weit die Steuerbefreiung für die Großindustrie und die Privatisierung der Eisenbahnen gehen soll. Im Prinzip ist man sich darin einig, daß die Erfassung der Sachwerte überhaupt nicht mehr diskutabel ist.

Wenn die Arbeiter nicht die Sprellten sein wollen, so müssen sie den Gewerkschaftsführern ein vernünftliches Halt zurufen. Sie müssen es erzwingen, daß die Gewerkschaften nicht in den Dienst der Kreditanleihepläne von Sümmen, sondern des Kampfes um die Erfassung der Sachwerte, zu dem sie sich programmatisch verpflichtet haben, gestellt werden. Die Arbeiterschaft muß es durchsetzen, daß ein Organ geschaffen wird, das ihren Willen ausdrückt, das im Namen der Massen spricht, das darüber wacht, daß die Gewerkschaftsführer nicht umfallen. Ein solches Organ kann und muß ein Reichsbetriebsrätekonferenz werden.

Der „Gnadenakt“.

Der sozialistische Minister Radbruch hat den Deputationen aus dem Reich und aus Berliner Großbetrieben, die sich aus Vertretern aller politischen Parteien zusammensetzten, in Aussicht gestellt, durch die übliche Nachprüfung und durch die Beauftragten für Gnadenachen die Opfer der Märzaktion aus ihrer verzweifelten Lage zu

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIPT UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

„Armer Weiß“ — sprach er laut — „weshalb wirst denn du gerötet? Ist denn auch dir das Leben gelungen?“ „Weshalb? Weil ich ein Jude bin, und weil sie nicht wissen, weshalb sie sie töten.“ „Gib mir die Hand, Weiß, nimm meine Hand, laß mich nicht allein.“ So saßen sie noch da, als nach langer Zeit, gegen Mitternacht, krampfhaft ergriffene Soldaten durch die Zimmer schritten und die beiden jähren. „Marisch!“ — herrschte sie ein bösegezügelter, untergesetzter Soldat an. Sie erhoben sich, gelassen, wortlos, als hätten sie darauf gewartet, daß man sie holen kommt, und als ob sie bereits jenseits von allem wären. Von Bajonetten umringt, pressten sie hinaus. Schritten durch den großen Speiseaal. Ringum an den Wänden brannten mächtige Lampen. In der Mitte stand ein riesiger gedeckter Tisch, doch hatte die Tafel keinen einzigen Gast. Stumm, unbeteiligt lag alles. Man öffnete sich die gegenüber liegende Flügeltür. Lola trat heraus, aufgeregt, häßig. In Abendtoilette, in strahlender Pracht, aber mit dem düstersten Gesicht. „Was ist das?“ rief sie. „Was geschieht da?“ „Wir führen die Juden ab!“ antwortete der unterste Soldat. Die übrigen Bewaffneten grüßten ihr ihr Gesicht. Aber krebte durch die Mitte des Zimmers, hinter Lola an. Sanft, freundlich, aus seinen Augen neigte sich die Miße eines unerschütterlichen Lebens. Er war nicht erschrocken, war nicht verzweifelt, zitterte nicht jämmerlich — war schon in diesem Augenblick, war ein Mann, der wollte,

er habe sich gegen niemand vergangen und werde nun in den Tod geführt. Aus den blutigen Augen der Höhe Häupter wütend die Kunde hervor, hin und wieder erschollen die fernen Klänge durchdringend die verflochtenen kleinen Hansbüchel. Es war eine seltsame Sommernacht. Bei den Marzihazy's ging es hoch her. Die Frauen, Mariska und Frau Matulay, saßen halb beunruhigt am Tisch. Die Postmeisterin, mit trauriger Stirn, auf dem mageren, fahlen Gesicht friedliches Delirium, ein seltsames Lächeln. Die Frau Bewalter in einer gefärbten weißen Bluse; in ihrer starren Haltung bebt sie vor unerklärlicher sinnlicher Erregung an ganzen Körper. Die Wärme und Hoheit der Männer strahlte sie an, und sie dachte unwillkürlich immer wieder an Lola. . . . wie die es wohl macht, daß die Männer so toll hinter ihr her sind? . . . Und dabei betrachtete sie die Offiziere mit so selbstvergessenem Lächeln, daß sie sich zu Tode entsetzt hätte, würde sie an ihrem Gesicht das betrunkenen Ansehens des Straßennadlers gesehen haben. Doch wurde ihr Beben weder von ihr, noch von jemand anderem bemerkt, vielleicht bloß von Frau Matulay, aber auch diese verzicht ihr sofort, ja, sie übernahm von diesem Lächeln ganz unbewußt auch selbst etwas auf ihre verträumten, knochigen Jüge. Die Offiziere jedoch kümmerten sich nach den ersten Minuten um die beiden überhaupt nicht. Diese anständigen, einjachen Frauen beachteten sie tödlich langweilig, und sie wichen vor ihnen bereits im Augenblick der Konversation erschrocken und verzögert zurück. Waren nicht einmal auf die einjachen Höflichkeit bedacht, es fiel ihnen nicht einmal ein, aufzumerken zu sein. Sie blieben auch in der Gesellschaft unter sich, jetzt ihre tohen und lauten Debatten fort, das ausgeklügelte Prahlen, und ließen sich bewundern. Der Graf war laut und wortfüllig, lag neben dem Hausherrn und sprach mit ungehobelteten Worten. Marzihazy trank mit der Verzweiflung fliehender Räucherheit, noch an diesen Marzihazy Blut, was für ihn noch neu und fremd war. Er sah diese Männer heute zum erstenmal, doch dachte er sich sofort mit den Offizieren des Grafen, sie redeten,

als reichte ihre Freundschaft in Jahrhunderte zurück, und diese Freundschaft bestand zwischen ihnen auch tatsächlich. Hunderte und Aberhunderte von Jahren hatten dieses Zusammenhalten der Rassen geschweift, und es war nur selbstverständlich, daß sie, die in ihrem Innersten alle gleichartig geartet waren, nun, da es galt, die verlorenen Macht zurückzugewinnen, einander alle verstanden und alle daselbe wollten. „Ordnung!“ — donnerte Gardegg. — „Die schaffen wir! Jetzt. Die Herren Offiziere, feste Ordnung, militärische Ordnung, die tut hier Not! Gentleman sein, das geht jetzt nicht. Würden doch die ungarischen Herren aus ihrem eigenen Vaterland vertrieben. So eine Saunwirtschaft! . . . Die Herren Diplomaten mögen geruhen, etwas zu tun, was die Sachen erledigt, wir aber müssen jetzt Aktionen unternehmen.“ Marzihazy trank und brumnte. Gardegg wütete: „Saunjud!“ sagte er. „Es war genug! Aufklüpfen! Ständepebel!“ — Gläser wurden gehoben. „Es lebe das christliche, nationale Ungarn!“ — rief von. Sie tranken. Auch Frau Matulay leerte ihr Glas. Marzaros begann mit seinem schönen traurigen Haß ein Lied zu singen. Die Löwe stiegen auf, mit düsterem und schmerzlichen Klängen, auch die übrigen fielen ein, bald laut, bald leise, mit heraufstem Schwung. Frau Matulay drückte das Taschentuch an die Augen und flüsterte Mariska zu, sie möge sich ans Klavier setzen. Mariska zuckte ungeduldig die Achsel, rührte sich nicht einmal von ihrem Platz, starrte bloß in die Luft, mit gebannter Bewegtheit. Der Graf lehnte sich in seinen Sessel zurück, blies den Zigarrenrauch in die Höhe und stierte mit hartem Gesicht vor sich. Marzihazy ließ den großen, schwarzen Kopf hängen; düster bebt in ihm der gewaltige Verlust, die verunkelnde Macht der Ahnen und Vorfahren. . . . Der herbe Nummer zerbricht und zerflachte sein Inneres, drängte wütendes Köheln auf seine betrunkenen Lippen. Mit beiden Armen, Hände jählings aus den Hodarmeln, als wäre ihm plötzl. sich alles zu eng geworden, die ganze Welt! (Satz folgt)

wenn seine Kräfte nicht ausreichen. Dies ist aber alles nicht geschehen. Am andern Tage erging folgender

Anteilungsbegehr:

Ramsau,

„Durch die gestrigen mir gemeldeten Vorfälle sehe ich mich veranlaßt, zu befehlen, daß jeder Beamte umge- schnallt mit Schußwaffe zu gehen hat usw. rez. Ritter.“ Das alles soll sich wie Bevölkerung nun ruhig ansehen.“ Derartige Fälle sind nicht vereinzelte. Reaktionen Elemente haben in der Schupo die Oberhand. Sie wollen aus der Schupo eine konterrevolutionäre Schutztruppe machen. Das dürfen die ehrlichen Schupobeamten und die Arbeiter nicht zulassen. Die Gefahr ist groß. Sie müssen endlich gemeinsam daran gehen, um die Schupo von den Reaktionen zu säubern.

Verzweiflungskampf der Haynauer SPD.-Größen.

Unlängst schrieb die hiesige Volkszeitung von 16 überlebenden Kommunisten. Am 10. Dezember hielten die hiesigen SPD.-Größen eine Mitgliederversammlung ab, wo von 7000 sozialdemokratischen Wählern ganze 51 da waren. Zu den Ausführungen des Referenten Stadtverordneten Brinke wollen wir uns jedes Wortes enthalten, denn was die SPD im Stadtparlament getan hat, war alles andere, als Vertretung von Arbeiterinteressen. Es ist uns verständlich, wenn die Volkszeitung schreibt, die Anwesenden seien mit der Tätigkeit der Stadtverordneten einverstanden gewesen, denn es waren ja nur die Parteigrößen und Stadtväter in der Versammlung anwesend.

Unter Verschiedenem zeigten die Haynauer SPD.-Größen ihr wahres Gesicht. Der bekannte Geiler verlas ein Schreiben des Sekretariats, in dem den Genossen empfohlen wird, gegnerische Versammlungen von rechts und links zu meiden. Hierzu wollen wir nur erwähnen, die öffentliche Versammlung der SPD am 22. 11. hat es bewiesen, wie die Haynauer Arbeitererschaft denkt. Der Saal war voll bis zum letzten Platz. Den Standpunkt aber eines solchen Sekretariats können wir verstehen, denn sie können sich nicht mehr verantworten vor der breiten Masse infolge ihrer verräterischen Politik. Wir aber werden in die SPD.-Versammlungen kommen und den Arbeiterführern die Maske vom Gesicht reißen. Zum Schluß hielten sie noch ihre stets arbeiters- feindliche Politik. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben der hiesigen Kommunisten, in welchem sie zu einer gemeinsa- men Besprechung mit der USPD. und Gewerkschafts- partei eingeladen werden, um Maßnahmen gegen die immer größer werdende Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Höhnisch schreibt die Sozialpatriotische Volkszeitung dazu: „Mit schallendem allgemeinem Gelächter wurde dieses Schreiben der Kommunisten beiseite gelegt.“

Sie setzen dann noch die dumme Lüge hinzu, die die USPD. habe auch schon abgelehnt. Um diese schwin- delnde Redaktion zu beruhigen, sagen wir ihr, daß die USPD. zugestimmt und 3 Vertreter bestimmt hat. Das Ge- werkschaftskartell wird sich in seiner Sitzung damit beschäftigen. Über unsern hiesigen Sekretär Gen. Hamann verbreitet die SPD. die dümmsten und frechsten Lügen. So soll Gen. Hamann bei Abbruch des letzten Landarbeiterstreiks in Göltschau, bei einer Versammlung, die Landarbeiter auf- gefordert haben weiter zu streiken. Wir sparen uns über diesen Lügensturz jedes Wort. Die Göltschauer Arbeiter wissen bereits wohin die SPD. feuert und der Erfolg ist bei uns, denn die Göltschauer SPD.-Genossen haben sich zu einem guten Teil bei uns angeschlossen.

Das ist der Erfolg der niedrigen Kampfweise, seitens der SPD., wir sind zufrieden damit.

Ein Betriebsrat, wie er nicht sein soll.

In der Zigarrenfabrik Freyberg in Jauer, mit der wir uns schon wiederholt beschäftigen mußten, scheinen recht sonderbare Zustände zu herrschen. Obwohl genügend Roh- materialien da sind, wird wöchentlich nur 24 Stunden gearbeitet. Der Unternehmer beruft sich auf eine Ab- machung mit dem Betriebsrat. Ursprünglich wollte er jede Woche ein paar Arbeiterinnen auf die Straße setzen, nahm jedoch davon Abstand, als ihm von seiten der Ar- beiternachweises etwas auf die Pühneraugen getreten wurde. Er fand dann einen Bundesgenossen in dem Betriebsrat und verordnete verkürzte Arbeitszeit.

Der Betriebsrat versteht ganz und gar keine Pflichten, er ist zur Interessenvertretung seiner Arbeitskollegen da und hat alle Möglichkeiten auszunutzen für die Arbeit- nehmer, deren Vertrauensmann er ist, die Lage zu ver- bessern und nicht zu jeder Anordnung des Arbeitgebers Ja und Amen zu sagen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Breslauer Friseur im Streik.

Seit Mitte Oktober fanden Verhandlungen zwischen Arbeit- nehmern und -gebern statt, die jetzt gescheitert sind. Die Friseure forderten eine Lohnzulage, die durch die inzwischen eingetretene preisgünstigste Feuerungsquelle schon lange wieder überholt ist. Diese beherrschende Forderung lehnten die Arbeitgeber ab. Sie besaßen außerdem die Dreißigstunde, eine Verlängerung der Arbeitszeit zu fordern und lehnten deshalb auch den Schiedspruch ab. Daran- hin sind die Breslauer Friseure in den Streik getreten.

Die Generalversammlung der Bergarbeiter.

Zahlstelle Neu-Salzbrunn, fand am Sonntag, den 11. Dez. statt. Die Wahl des Vorstandes zeigte folgendes Ergebnis: 1. Vertrauensmann Kamerad Peter, 2. Vertrauensmann Kamerad Polte, Kassierer Kamerad Rzig, Schriftführer Kamerad Schmidt, Kartellbelegierte die Kameraden Plejoch, Grulich und Kürschner, Jugendobmann Kamerad Heyn. Als Revisoren wurden die Kameraden Fiedler, Sember und Jidel bestimmt und die Verwaltung der Lokalkasse wurde dem Kameraden Schmidt übertragen. Zum Punkt die Tages- ordnung wurde dem Kameraden Beder von der Bezirksleitung das Wort erteilt. Er führte aus, daß überall noch dem Streik die Mitgliederzahl zurückgegangen ist mit Ausnahme

Weihnachtsgabe für die hungernden Kinder in Sowjet-Rußland.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Genossen!

Das „Fest der Liebe“ nennen die Christen Weihnachten. In den Häusern der Bourgeoisie rüftet man, um seine eigenen Kinder zu beschenken und zu erfreuen.

Auch wir Arbeiter sind bestrebt, an diesem Tage unsern Kindern eine Freude zu machen. Wie manche Proletarier- mütter spart sich die Groschen vom Munde ab, um ihren Kindern am „Heiligen Abend“ ein Bäumchen anzuzünden, etwas Backwerk, ein kleines Spielzeug zu schenken. Wir wissen aus bitterster Erfahrung, daß nur Proletarier für Proletarier ein Herz haben, daß nur die Arbeiterklasse wirk- liche Liebe kennt und wirkliche Liebe erweist, an allen Opfern und Ausgrubeiten der herrschenden Gesellschaftsordnung.

Für uns ist Weihnachten das Fest der Arbeitersolidarität, das Fest der proletarischen Sonnenwende. In Sowjet-Ruß- land aber sterben 6 Millionen Kinder an Hunger und an Kälte. 6 Millionen Arbeiter- und Bauernkinder strecken Euch deutschen Proletariern und Proletarierinnen ihre mageren Arme entgegen, flüstern mit erlöschender Stimme: Helft uns!

Arbeitermütter! Arbeiterväter! Ihr wißt, was Hunger und Kälte bedeuten. Ihr kennt den scharfen Schmerz, den Eltern dulden, wenn ihre Kinder umsonst um Brot bitten! Dort aber sterben die Kinder! Dort sterben 30 Millionen Arbeiter und Bauern, Hunderttausende ganzer Familien, Väter und Mütter mit samt ihren Kindern! Können Ihr, deutsche Proletarier, Euren Kindern eine Weihnachtsfreude machen, solange jene am Hungertod zugrunde gehen. Können Ihr noch essen und trinken, könnt Ihr noch arbeiten und leben, solange Eure Brüder und Schwestern drüben hilflos, hoffnungslos dahinstirben?

Arbeiter! Proletarier! Die Kinder des hungernden Rußlands sind Eure Kinder; Die Arbeiter und Bauern im Wolgagebiet sind Eure Brüder und Schwestern!

der Zahlstelle Neu-Salzbrunn. Die wirtschaftliche Lage, die sich immer mehr zu picht, muß eines Tages zur Explosion ausarten. Es werden neuerdings wieder Werke stillgelegt aus Kohlenmangel, während auf der andern Seite wegen Wagen- mangel zum Teil schon Frierschichten einsetzen und auch un- geheure Mengen Kohle auf den Halben liegen. Das ist Sabotage des Eisenbahnbetriebes, die dazu führen soll, die Eisenbahn zu privatisieren. Kamerad Vogt sprach in der Diskussions- und führte aus, daß das Schwinden der Mit- glieder nur der Zank des Verbandsvorstandes anlässlich des letzten Streiks zurückzuführen ist. Nachdem der Streik durch den Verbandsvorstand abgewürgt war und Hunderte Gemö- ßregelt wurden, war jedes Vertrauen verloren gegangen. Weiter schilderte er die Schreckenskonjunktur der Industrie durch den niedrigen Valutastand, der dauernd künstlich niedrig gehalten wird. Köchner hat ja selbst gesagt, daß ein Steigen der Mark für die Industrie eine Katastrophe bedeutet. Dem Industrie-Kapital werden dauernd neue Möglichkeiten gegeben, sich zu bereichern und das Proletariat auszubeuten. Auch das Wiesbadener Abkommen bedeutet für uns eine ungeheure Ausbreitung und verlängerte Arbeitszeit. Und wenn das so weitergeht, so wird das wahr werden, was ein Biedermann und Grakmann in Hamburg gesagt haben; 10 Stundentag, Dienstjahr usw. Zu solchen Führern können wir allerdings kein Vertrauen haben. Weiter ging Kamerad Vogt auf die 10 Punkte des ADGB. ein und forderte die Kameraden auf, die Gewerkschaften zu zwingen, die 10 Forderungen in die Tat umzusetzen. Mit einem Appell gegen die neue Verelen- dung und neue Ausfauung einig und geschlossen zu kämpfen, schloß Kamerad Vogt seine Ausführungen. Dann streifte er einige andere Fragen, z. B.: Auf den Fürstensteiner Gruben seien die Direktoren schon wieder so weit, daß sie bei einer Verhandlung mit den Betriebsräten und der Verbandsleitung wegen eines Mißverständnisses kurzer Hand zur Aktentasche griffen, davon gingen und die Draanilationsvertreter, sowie die Betriebsräte ihnen mit langen Nasen nachsehen mußten. Soweit sind wir schon heute.

Unter Punkt 3 wurde folgender Antrag des Kameraden Vogt angenommen: Die lange krank gewordenen Kameraden Segler, Häusler und Fäße erhalten je 200 Mark aus der Lokalkasse. Der Antrag für die Hermsdorfer Kameraden ebenfalls einen Betrag zu bewilligen, wurde abgelehnt, dafür aber eine Tellerjarmlung veranstaltet, welche 115 Mark er- brachte. Die Versammlung wurde, nachdem noch einige lokale Angelegenheiten erledigt wurden, geschlossen.

Zur Lohnbewegung der Zentler im Sulzgebirge.

Sonntags, den 10. Dezember fanden in Langenbiefau zwei gut besuchte Mitgliederversammlungen der hiesigen Filiale des deutschen Zentlerarbeiterverbandes statt. Die Verbandsleitung gab den Bericht über die erneuten Lohnverhandlungen mit den Textil- indusiriellen der Bezirksgruppe Reichenbach, welche am Freitag, den 9. Dezember stattfanden. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Textilbarone in punkto Lohnerrhöhung den größten Widerstand der Arbeitererschaft entgegensetzten. Erst nach hundenlangem Verhandeln waren die Unternehmer bereit, ein kleines Zugeständnis zu machen. Sie wollen die 50 Pfg., welche für Monat Januar in Betracht kommen, schon im Dezember bezahlen. Die Lohn- erhöhung würde also betragen, für erwachsene männliche Arbeiter 1,70 M., für erwachsene weibliche 1,50 M. die Stunde. Für jugendliche Arbeiter entsprechend weniger. Hier ist schon der erste wichtige Punkt. Für die Jugendlichen keine bestimmte Lohnerr- höhung. Die Lohnerrhöhung von 1,70 M. bzw. 1,50 M. kommt nur Arbeitern und Arbeiterinnen über 25 Jahre zugute. Damit erklärten sich die Arbeitnehmer nicht einverstanden. Hatte man den Stundenlohnern wenigstens ein kleines Zugeständnis gemacht so wollten sich die Unternehmer an den Akordarbeitern schadlos halten. Was die Akordarbeiter über den Durchschnittslohn ver- dienen, soll bloß zur Hälfte ausgezahlt werden, die andere Hälfte wollen die Unternehmer in ihrer unergünlichen Lage ver- schwinden lassen. Weiter erklärten die Unternehmer, daß die Lohnerrhöhung für die Monate Dezember und Januar berechnet sei. Von Arbeitnehmersseite war man einverstanden, diese geringe Zulage für Dezember anzunehmen; für Monat Januar wird aber eine weitere Lohnerrhöhung gefordert. Die Unternehmer sagten, sie seien nicht in der Lage weitere Zugeständnisse zu machen und brachen kurzerhand die Verhandlungen ab. Die Verbandsleitung und Lohnkommission nahmen darauf in einer eigenen Sitzung

Die Bourgeoisie wird Weihnachten die Kirchen besuchen, wird prassen und tanzen! Aber Euch und Eure Brüder un- Schwestern, Euch und Eure Kinder und die Kinder Eurer Brüder und Schwestern läßt sie mitteillos zugrunde gehen! Von der Bourgeoisie, von der christlichen Nächstenliebe habt Ihr nichts zu erwarten.

Nur Arbeiterkampf, nur Arbeitersolidarität kann hier helfen! Laßt Weihnachten nicht verübergehen, ohne der Hungernden im Wolgagebiet zu gedenken, ohne eine Weih- nachtsgabe für die hungernden russischen Brüder bereitzu- legen.

Die Hilfe des Weltproletariats für Sow- jet-Rußland, das sei die proletarische Weih- nachtsfeier!

Genossen! Veranstaltet überall Sammlungen! Gebt von Euren Wenigen etwas! Gebt Lebensmittel, Geld, Kleider, Wäsche, Schuhzeug! Stellt Eure Vereins- und Sonnenwend- feiern in den Dienst dieses großen proletarischen Liebeswerks! Stellt Anträge in den Gemeinden, Landtagen, in Euren Genossenschaften, in den Gewerkschaften auf Gewährung einer Weihnachtsspende an die hungernden Kinder in Sowjet-Rußland.

Verdoppelt Eure Arbeit in den Nähstuben und Hilfs- werkstätten. Sprecht darüber mit Euren Nachbarn, Freun- den, Verwandten! Verlangt, daß jede Arbeiterzeitung, jedes Gewerkschafts- und Parteisekretariat, jede Verkaufsstelle des Konsumvereins, jeder Geschäftsmann mit Proletariatskun- schaft, jeder Arbeiterwirt Platate und Sammelbüchsen aufstellt, Spenden entgegennimmt.

Wer Verbindungen mit dem Lande hat, mit Kleinbauern, Landarbeitern und Siedlern, der trage diese proletarische Weihnachtsbotschaft aufs Land: Helft den Sterbenden, russi- schen Arbeiter- und Bauernkindern! Gile tut noi! Tut alles, was in Euren Kräften steht! Helft! Gebt! Handelt!

Reichskomitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland.

sofort Stellung zu dieser Sachlage. Zwei Meinungen traten zutage. Einige forderten, sofort in den Streik zu treten. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß ein Streik vor den Feiertagen nicht günstig wäre. Ihre Ansicht ging dahin, die Lohn- erhöhung für Dezember stillschweigend anzunehmen, tariflos zu arbeiten und die Verbandsleitung sofort zu beauftragen, mit den Unternehmern in neue Verhandlungen einzutreten, wegen einer weiteren Lohnerrhöhung für Januar. Sollten sich dann die Unter- nehmer wieder hochbeinig zeigen, müßte die Arbeiterschaft ohne weiteres zum Streik greifen.

Einig war sich die Kollegenschaft darüber, daß es die höchste Zeit sei, endlich einmal den Textilbaronen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, langsam dem Hungertode ent- gegenzugehen, während auf der anderen Seite die Unternehmer nicht wissen, wie sie ihre geradezu märchenhaften Gewinne unter- bringen sollen. In beiden Versammlungen war die übergroße Mehrheit der Kollegen für sofortigen Streik. Ein mit großer Mehrheit angenommener Antrag verpflichtete die Verbandsleitung, in den Betrieben sofort eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen.

Konterrevolution.

Das Streikposten-Stehen in Amerika verboten.

Aus New York wird gemeldet: Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß die organisierten Arbeiter kein Recht haben, während eines Streiks Streik- posten auszustellen. Die Entscheidung erging auf Grund einer Klage der „Amerikanischen Stahlwerke“ in Granite City in Illinois, nachdem die Arbeiter dieser Werke einen Streik unternommen hatten.

Der Ansturm gegen den Achtstundentag in der Schweiz.

Wie aus Zürich gemeldet wird, haben die Schweizer Reaktionären jetzt einen formellen Gesetzesantrag zur Ab- schaffung des Achtstundentages ausgearbeitet. In dem Ent- wurf heißt es u. a.: „Eine Beschränkung der Arbeitszeit auf weniger als durchschnittlich 9 Stunden den Tag ist nur zulässig, wo ernsthafte Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter es erfordern. Andererseits, kann die Beschäftigung auch längere Arbeitszeiten zulassen.“ Gemäß der Schweizer Verfassung soll eine Volksabstimmung über diese Frage vor- genommen werden. Die Scharfmacher rechnen darauf, bei einer solchen Abstimmung die Stimmen der Bauern und Kleinbürger zu erhalten. Das Schweizer Proletariat muß durch eine energische Aktion die reaktionären Pläne durchkreuzen.

Judische Aufständische „auf der Flucht“ erschossen.

Der englische Militarismus geht in Indien nach den bewähr- testen Koll- und Radbruch-Methoden vor. Eine amtliche eng- lische Meldung befragt folgendes: Die Kollplahs, die sich im Ge- fängnis in Cannamore befinden, machten einen gemeinsamen Flucht- versuch. Der Wache gelang es aber, den Fluchtversuch zu ver- hindern. Dabei wurden sechs Kollplahs getötet und mehrere verwundet. Ganz wie bei uns! Inzwischen werden immer mehr Führer der indischen Freiheitsbewegung verhaftet. Zugleich hält sich der englische Thronfolger, der Prinz von Wales im Lande auf, vergnügt sich mit den Maharadschas, sieht sich die indischen Tänzerinnen an, entküllt Denkmäler usw.

Kommunistenhege in Japan.

Aus Japan liegt folgende amtliche Meldung vor: Seit einiger Zeit hat die japanische Polizei Nachforschungen über die Tätigkeit der kommunistischen Partei Japans angestellt, die 150 Mitglieder (?) zählt und von der Wostauer Regierung mit Geld unterstützt wird (!). Die Polizei hat 12 Kommunisten verhaftet. Ein englischer Untertan, der in Verbindung mit einigen der Ver- hafteten stand, wurde ausgewiesen. — Daß die japanische Polizei jetzt auch auf die Kommunistenjagd geht, zeigt, wie unangenehm die Revolutionierung des Proletariats für die herrschende Schicht geworden ist.

Aus Sowjet-Rußland.

Die Kohlenruben von Kemerowo.

Die Das sibirische revolutionäre Komitee (Sibirskom) schloß mit einer Gruppe amerikanischer Arbeiter ein Abkommen über Beschäftigung einiger Kohlenlager im Kusnetsk-Bassin. Hauptbedingungen dieses Abkommens sind die folgenden: 1. Sibirskom wird 50 000 Walfen nach Kemerowo liefern, wo eine kleine Gruppe von amerikanischen Arbeitern eine ge-

Angabe Anzahl von Wohnräumen errichtet wird. Im Jahre 1923 kamen 2800 Arbeiter nach Remerowo, die alle Kohlengruben samt den dazugehörigen Betrieben zur Ausnutzung erhalten. Außerdem bekommen sie 10 000 Desjatinen Boden zur Errichtung eines Sowjetgrundbesitzes. Gleichzeitig pachtet die Kollektive zwei Ziegelfabriken und eine Lederfabrik in Tomel. Das Sibirienkom verlor die Arbeiter im ersten Winter mit Pelzen und Filzkleidern und gibt ihnen die übliche Brotration.

Das Arbeiterkollektiv verpflichtet sich schon im ersten Jahre zur Verdoppelung der Produktivität aller Betriebe. Alle gefährdete Kohle wie auch die übrigen Produkte gehören dem Sowjetstaate. Nur vom zweiten Jahre an darf das Kollektiv die Hälfte der gefährdeten Kohlenmenge zur Erweiterung seiner Betriebe verwenden.

Das Unternehmen wird durch die Arbeiter selbst verwaltet und befindet sich unter Kontrolle der Sowjetmacht. Sollten diese Bedingungen durch das Kollektiv nicht eingehalten werden, steht der Sowjetmacht das Recht der Auflösung zu.

Genossenschaftsbörsen in Sowjet-Russland.

Ueber die neueste Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Sowjetrussland berichtet der „Kommunistische Genossenschaftler“ Nr. 8 folgendes:

„Die neuen Wirtschaftsbedingungen schaffen die Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen genossenschaftlichen Börse, deren Mitglieder Genossenschaften und staatliche Wirtschaftsämter sein werden. Am 20. November wird die neue Börse eröffnet. Ihre Hauptaufgabe ist es, den Warenaustausch zu regeln und ihm einen Massencharakter zu verleihen. Mit der Erweiterung der Funktion der Staatsbank wird sich die Finanzkraft der Genossenschaft zweifelslos stärken; besonders dank der Organisation von Krediten zur Wiederherstellung von Industrieunternehmen. Die neue Wirtschaftspolitik gibt den Genossenschaften die günstigsten Bedingungen zur selbständigen Arbeit, wodurch ihr Wachstum außerordentlich gefördert wird. 75 Prozent aller Gouvernementsstädte mit landwirtschaftlichen Genossenschaften werden verbunden. Eine große Rolle beginnen die Genossenschaften in der Pachtung von Industrieunternehmen zu spielen. Ebenso beteiligen sich die Genossenschaften an der Wiederherstellung alter Fabriken und an dem Bau neuer Unternehmen. Gegenwärtig beschäftigt sich der Zentralsowjet mit der Schaffung von bedeutenden Exportfonds: Holz, Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie, Flachs, Leder und Pelzwerk, wobei auf die Qualität besonders Wert gelegt wird. Als Gegenwert für diese Produkte sind Produktionsmittel, in erster Linie landwirtschaftliche Maschinen, erwünscht. Die Wjarsker Gouvernementswirtschaftskonferenz hat die Errichtung einer Sowjethandelsbank in Wjatka für notwendig. Diese Bank soll den Heimarbeitergenossenschaften, sowie den Fabriken, industriellen Unternehmen und Handelsunternehmen Kredite gewähren. Auf der kürzlichen Gouvernementswirtschaftskonferenz wurde der Beschluß gefaßt, in Kursk eine Genossenschaftsbank zu organisieren. — Die Nischnij-Nowgoroder Gouvernementsgenossenschaft hat beschlossen, eine Genossenschaftsbörse zu eröffnen, um die Abchlüsse von Lebensmittellieferungen, sowie von Warenaustauschaktionen zu erleichtern. Bei der Börse soll auch eine ständige Ausstellung von Waren ausgestellt werden.“

Lokales.

Die Politik in der Schule.

Heinz ist ein kleines munteres Bürschle, das als Protokollant bei der Geburt schon eine gute Portion Schlagfertigkeit mit auf den Weg bekam.

In der Schule gilt er bei seinen Klassenossen als Kommunist, der allerdings mit einigen Freunden noch in der Kinderheit ist, weil die andern Klassenangehörigen nach seiner Aussage noch immer „der U.S.P. nachlaufen.“ Man belächelt sich zur S.P.D., 34 sind U.S.P.-Anhänger und wir sind neutral, denen 6 Kommunisten gegenüber stehen. Diese Spezialisierung entspricht der Parteizugehörigkeit der Väter, die sich unter den Kindern in der Schule auswirkt.

„Trotzdem sind wir die Säulen in der Klasse“, meint

Heinz, „und wenn wir gut agitieren, werden wir bald die mehreren.“

Neulich war sein Schulanzen beim Sattler in Reparatur. Während dieser Zeit benutzte er einen Riemen zum Zusammenschnüren der Bücher. Als er erstmals seine Bücher wieder in den reparierten Ranzen unterbrachte, wollte er auch den Riemen beifügen. Auf den Protest der Mutter, er solle den Riemen heimlassen, er sei ihm doch nur hinderlich, erwiderte er: „Den Riemen brauch' ich.“

„Ach zu was denn, du hast doch wieder keinen Ranzen“ sagte die Mutter.

„Er“ antwortete Heinz, „mit was soll ich dann agitieren?“

Breslau.

Der Magistrat durchbricht den Achtstundentag.

Im Steuerbüro des Breslauer Magistrats werden täglich 3 1/2 Ueberstunden gemacht. Es laufen eine ganze Anzahl erwerbslose Angestellte, Kaufleute und Lehrer herum, die auf die paar Pfennige Erwerbslosenunterstützung angewiesen sind. Zu diesen Arbeiten sind weder technische noch besondere Vorkenntnisse nötig, der Magistrat hätte hier Gelegenheit, der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein weites Feld zu geben. Da er dazu anscheinend keine Lust, muß der Zentralverband den Angestellten und der Erwerbslosenrat etwas Dampf dahinter machen.

Ausbau von Wohnungen und Mieterbeiträge.

Zum Ausbau von Wohnungen und Mieterbeiträge schreibt uns das Presseamt des Magistrats:

Bei der großen Zahl derjenigen, die in Breslau Wohnung suchen, kann dem Wohnungsmangel nicht allein durch Neubauten abgeholfen werden; deshalb gehört der Ausbau von Wohnungen in schon bestehenden Gebäuden (sog. Notwohnungen) mit zu den Hauptaufgaben der Abteilung für Kleinwohnungsbau (Büro 22, Blücherplatz 14, Sprechstunden Vertags außer Sonnabend von 9 bis 1 Uhr.) Hauseigentümer, die in ihren Häusern eine solche Wohnung ausbauen lassen wollen, werden sich mit dieser Abteilung in Verbindung zu setzen haben. Eine Verzinsung der gesamten Baukosten durch die Miete ist infolge der bekannten Forderung auf dem Baumarkte ausgeschlossen. Deshalb muß sich die Stadt, wenn ein Ausbau ermöglicht werden soll, an den Baukosten beteiligen und zwar in einem Umfang, der den verzinsbaren Teil der Baukosten (sogenannten rentierlichen Wert) um ein Vielfaches übersteigt. Dafür behält sich die Stadt u. a. Rechte das Recht der Mitbestimmung des Mieters vor.

Für die Zuweisung solcher Wohnungen, die wie alle nach dem 29. November 1920 fertiggestellten Neubauten dem Nachbereich des Wohnungskommissars entzogen sind, ist lediglich die Dringlichkeit des Wohnungsbedürfnisses maßgebend. Diese wird in jedem Falle eingehend geprüft. Zugleich werden die finanziellen Verhältnisse des Bewerber ermittelt. Ergibt die Prüfung, daß der Bewerber in der Lage ist, ohne Einschränkung seiner Lebensbedürfnisse einen mäßigen Beitrag zu den Ausbaulosten zu leisten, so muß dieser geleistet werden; das erfordert die finanzielle Lage der Stadt. Dabei wird aber mit größter Rücksicht vorgegangen. Halten sich Einkommen und Ersparnisse nachweislich innerhalb einer bestimmten Grenze (s. Zt. bis 25 000 M. Jahreseinkommen und bis 10 000 M. Ersparnisse), so wird von jeder Erörterung über die Beitragsfähigkeit des Mietbewerbers abgesehen; kann der Beitrag nicht im ganzen geleistet werden, so werden Teilzahlungen bewilligt.

Die erhobenen Beiträge werden aufgesammelt und zum Ausbau weiterer Wohnungen verwendet. Sie kommen also nur Wohnungslösen zugute, und da sie durch die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zur Hebung der Arbeitslosigkeit beitragen, dienen sie nebenbei einem durchaus sozialen Zwecke. Wie noch mehr betont werden mag, ist bei der Vergabe der Wohnungen lediglich die Dringlichkeit maßgebend. Erst wenn sie festgestellt ist, wird über die Frage eines Mieterbeitrages zu den Ausbaulosten befunden. Dementsprechend ist seit der Erhebung von Mieterbeiträgen bei mehr als der Hälfte der zugewiesenen Wohnungen kein Beitrag erhoben worden, weil nach der finanziellen Lage des Bewerber die Erhebung eines Beitrages nicht angebracht erschien.

Briefkasteneröffnung in Breslau an Sonn- und Feiertagen.

Die bisher an S-onn- und Feiertagen zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags angeführte Kasteneröffnung wird fortan in der Zeit von 12 bis 1 Uhr stattfinden, damit die Sendungen noch Anschluß an die Nachmittags Schnellzüge nach Oderberg, Berlin und Dresden erhalten.

Wasser-Verförgung und Reaktion.

Das Gewerkschaftskartell Liebau beschäftigt sich kürzlich in einer Sitzung mit der Frage der Wasser-Verförgung der Stadt Liebau. Es herrschen da ganz traurige Zustände. Das Kartell beauftragte 2 Kartellmitglieder beim Bürgermeister vorstellig zu werden, eine gemeinsame Sitzung anzuberäumen, in der außer den Kartelldelegierten der Bürgermeister, der Dezernent für Wasser-Verförgung und der Brandmeister der städtischen Feuerwehr anwesend sein sollten. Bei dieser gemeinsamen Aussprache sollten alle erforderlichen Maßnahmen besprochen werden, die zur Abstellung der geradezu unerträglichen Wasserarmut in Liebau führen könnten. Der Bürgermeister sollte Auskunft geben, welche Vorkehrungen zur Begegnung einer Feuer-gefahr getroffen wurden. Der Bürgermeister reagierte auf diese Aufforderung garnicht. Auf wiederholte Vorstellungen erhielten die Vertreter der Gewerkschaften folgenden Bescheid vom Magistrat, den wir als Kulturdokument, drei Jahre nach der sieg- und glorreichen „Revolution“ ausgestellt, nicht der Öffentlichkeit vorenthalten wollen.

Das Gewerkschaftskartell z. B. Herrn Scholz u. Kirchner Liebau.

Besprechung in Wasser-Verförgungsangelegenheiten.

Die Anberaumung von Sitzungen zwecks Besprechung von kommunalen Fragen ist nicht Sache des Gewerkschaftskartells, sondern der Verwaltung. Es muß der Verwaltung überlassen bleiben, ob sie das Gewerkschaftskartell in kommunalangelegenheiten hinzuziehen will oder nicht. Die Forderung des Gewerkschaftskartells erweckt den Anschein, als ob das Gewerkschaftskartell das Recht einer Sonderregierung in kommunalen Angelegenheiten für sich beanspruche. Die Verwaltung lehnt es ab, nach der Pfeife des Gewerkschaftskartells so tanzen! Das muß einmal ganz deutlich ausgesprochen werden.

Die Wasser-Verförgung der Stadt Liebau ist Gegenstand dauernder Sorge der Verwaltung. Für die Lösung des Problems ist eine gewerkschaftliche Mitwirkung völlig bedeutungslos. Da am Freitag übermorgen Stadtverordnetenversammlung stattfindet, so ist der gewerkschaftlichen Instanz Gelegenheit geboten, die Angelegenheit zur Erörterung zu bringen. Persönlich bin ich zur Auskunftserteilung bereit.

Der Magistratsdirigent.
gez. Schmidt.

Wir leben in einer sogenannten demokratischen Republik, in der sogenannte Sozialdemokraten an den einflussreichsten Stellen der Regierung stehen, und trotzdem haben die Arbeiter nichts zu sagen. Die Arbeiter haben nur Steuern zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten, genau wie zu Wilhelms Zeiten.

Arbeiter, erkennt Eure Führer! Seht auf den Unterschied zwischen ihren Reden und ihren Taten.

Versammlungs-Kalender.

- APD. Breslau. Distrikt 5, Dfener Straße 23, Donnerstag, den 16. Dezember: Außerordentlicher Distriktsabend. Alle Genossen müssen erscheinen.
 - APD. Banzlau. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Deutschen Reich, Mitglieder-Versammlung. In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.
 - APD. Freiburg. Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im „Goldenen Anker“: Deffentliche Versammlung für die weltliche Schule. Von unseren Genossen und Genossinnen darf niemand fehlen.
 - APD. Weiskirchen. Sonnabend, den 17. Dezember, abends 6 Uhr, im „Steinernen Kreuz“: Diskussionsabend. Regte Beteiligung der Genossen ist Pflicht.
 - APD. Schmalwasser. Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Klotz. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Abonnement der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind willkommen.
 - APD. Neu-Salzbrenn. Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr im „Finsterebrunn“: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung, alles muß erscheinen.
- Verantwortl. Redakt.: Erich Senfisch; Inserate: Max Blychacz. Verlag: Produktiven Genossenschaft für die Prov. Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Operntheater Tel. 2565
Beste und schönste 7 1/2 Uhr:
Die Langgräben.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Dieser Blut.

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Dezember-
Programm

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende
Variet-Programm

Wühlerhofen
Gen. 9 bis 11 Uhr
Verkauf Vorverkauf 12, III

Zur 4 mit
Schauspielhaus
für alle 2 gebrochene Schauspielhäuser zum
Musikhaus Metzger, Breslau
Breslau-Schlesien-Straße Nr. 35

Wiederverkäufer
bilden billig und gut
Eisen, Gummi,
Astrichische Erzeugnisse,
Garat, Zinn,
Sargwaren,
gute Holz, Reichs-
schneidung usw. bei
E. Lehmann, Breslau
Schulstraße 7.
Anfragebogen per
Postkarte 100 M. an.
Sachliche gratis.

Altmetalle
Zahl für alle
Eisen, Stahl,
Otto, Leibnizstraße 1.

Vertreter
Genossenschaft, vornehmlich
aus hochwertigen Stoffen, für
den Export. A. v. der 11. 11.
- bei Nachnahme.
P. Müller, Breslau 17. 72.

**Wir suchen
Schneider
auf gute Sakkos
bei höchsten Löhnen.**

Meldungen mit Ausweis und
Probearbeit von 8-4 Uhr.

**Wollengeflecht
für Bekleidungs-
und Bekleidung**

Gartenstraße 7.

**Weihnachten
Brandt's grosser
Weihnachts-
Verkauf!**

Fritz Brandt, Eisenhandlung, Breslau 1
Nicolaistraße 63a - Ecke Neuenhüttenstraße
Fundat. Reg. 12100 Haltestelle der Linien 1 u. 21

Seeben erschienen!
Zum Jahrestag der proletarischen
Revolution in Russland.
Preis 2 M.
Sofortig hand:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, S.-Adolfs-Platz 45.

Parteilosen decken ihren gesamten Bedarf an
kommunistischer Literatur, Jugend-
schriften, Unterhaltungslektüre usw.
in der
Kommunistischen Bücherei, Breslau, Schulstraße 45.

**Plessow
Waldschmidt**

Besondere Gelegenheit!
500
Frauen-Wäschekleider
für Jeans und Strick,
hergestellt aus dunkel- und mittelfarbig
gebräunten, waschbaren und waschfesten
Baumwollstoffen, flott verarbeitet,
2teilig, Rock und Bluse.

Bluse Sportkragen, Vorderabschluss
mit Knopfgarnierung und
Zacke.

Rock vollweit geknüttelt, mit Patten
und Knopfgarnierung.
In allen Größen vorrätig.

Das ganze Stück 65.00

Ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution?

Von R. Kadel.

(Schluß.)

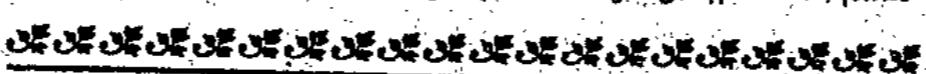
Die Nationalisierung war nicht nur das Ergebnis der Notwendigkeit, die herrschende Klasse zu zerschmettern, ihre politische Macht, die auf der wirtschaftlichen Macht basierte, aufzuheben. Wir mußten nationalisieren auch aus einem anderen Grunde, weil es nicht anders möglich war, den von der Bourgeoisie begonnenen Krieg zu führen. Unsere grenzenlose Zentralisation war nichts anderes, als die Ausplünderung des ganzen Landes, um alle Industriemittel, die zur Kriegsführung notwendig waren, zu erhalten. Wie Genosse Lenin in seiner Broschüre über die Naturalsteuer richtig schreibt, haben die militärischen Maßregeln in den Städten zu militärischem Kommunismus und auf dem flachen Lande zu Requirierungen, d. h. zur Getreideplünderung für die Ernährung der Arme und der Städte geführt. Bestand eine andere Möglichkeit, eine genügende Metallmenge, die wir zur Kriegsführung benötigten, eine genügende Getreidemenge, die wir zu demselben Zwecke brauchten, aufzubringen? Nein, es bestand eine solche Möglichkeit nicht. Man konnte nicht die kleinen Vorräte an Industriewaren der Willkür der Spekulanten überlassen. Wie sollte man das Getreide auf dem Wege der statistisch berechneten Steuer aufbringen, wenn der für diese Berechnung notwendige staatliche Apparat fehlte? Die Getreidevorräte Zentralrusslands (Sibirien u. Ukraine) gehörten uns nicht bis zum Ende des Jahres 1919 waren so gering, daß es nicht möglich war, irgendeinen Ueberschuß wegzunehmen; übrigens hätten die Bauern für den Ueberschuß auf den freien Märkten, falls solche vorhanden wären, gar nichts bekommen können, da alle Industrieerzeugnisse konfisziert waren.

Die Politik des Kriegskommunismus hatte, abgesehen von der politisch-strategischen und von der ökonomischen Notwendigkeit, noch eine sozialpsychologische Quelle. Wenn die Siegerklasse schon am Anfang der Revolution dem Feinde nicht die materiellen Quellen überlassen konnte, die die Bourgeoisie in standsetzten, legal ein luxuriöses Leben zu führen, so konnte das Proletariat dies noch weniger in einem Augenblicke tun, da Rußland ein einziges bewaffnetes Lager war, da die Arbeiter- und Bauernmassen zur Erringung des Sieges über die Bourgeoisie unerhörte Leiden ertragen mußten. War es in einem Augenblicke, da die Arbeiterinnen hungrig und frierend Tag und Nacht bei schlechter Beleuchtung Mäntel für die Armeen nähten, möglich, zu gestatten, daß schon beleuchtete herrliche Auslagen der Läden den Leidenden Kämpfen frech zeigten, wie die Bourgeoisie lebt und genießt? Dies war unmöglich! Die Sowjetregierung mußte eine spartanische Lebensweise anstreben, da nur eine solche dem grauen Soldatenmantel Sowjetrußlands entsprach.

Der Kriegskommunismus hat doch der Struktur Rußlands, ihren Wirtschaftsverhältnissen, widersprochen? Ja, er hat ihnen widersprochen, soweit es sich um das flache Land handelt. Sein Sieg in den Städten war nicht ausgeschlossen. Hätte die Weltrevolution so schnell gesiegt, wie man es noch im Jahre 1919 vor der Entlassung der Arbeiterchaft Europas oder wie man es noch im Jahre 1920 während unseres Vormarsches nach Warschau erwarten konnte, so wäre die Wiederherstellung der gesamten russischen Großindustrie auf der Grundlage des Staats-eigentums und des genauen Wirtschaftsplanes geschichtlich nicht ausgeschlossen. Die Sowjetregierung hätte daran denken können, die gesamte Großindustrie in eigenen Händen zu behalten, da sie von den europäischen Arbeitern

die Maschinen bekommen hätte. Sogar in dem Falle, daß die Weltrevolution nicht in europäischen Maßstäben siegte — hätten wir nur Polen eingenommen, würden wir an den Loren Deutschlands mit den Waffen in der Hand stehen — wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß unsere Kraft die Bourgeoisie zwingen würde, mit uns ein Kompromiß zu schließen, nach dem wir von der Weltbourgeoisie Produktionsmittel für unsere staatliche Industrie im europäischen Rußland um den Preis der Konzessionen in den Randgebieten Rußlands — Sibirien, Kaukasus und Turkestan — um den Preis des Rechtes der Schaffung der neuen Produktion in diesen entfernten Gebieten auf Grundlage der Konzessionen bekommen hätten.

Was wäre Rußland in diesem Falle in sozialer Beziehung? In den Händen der Arbeiterklasse wären die gesamte Industrie und die die Verkehrsmittel. In den Händen der Bauernschaft Grund und Boden. Die wiederhergestellte Industrie hätte dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, auf die Requirierungen auf dem flachen Lande zu verzichten und das Getreide zum Teil auf dem Wege des Warenaustausches gegen die Erzeugnisse der staat-



Wist Du Mitglied der SPD?

Was hast Du getan für die Hungernden in Sowjet-Rußland?

Hast Du unsere Marken vertrieben?

Hast Du unsere Karten und Broschüren verkauft?

Hast Du in Deinem Betrieb gesammelt?

Hast Du Deine Nachbarn und Bekannten um Gaben ersucht?

Hast Du einen Antrag gestellt in Deiner Gewerkschaft?

Hast Du mitgeholfen in unseren Nästuben und Nähwerkstätten?

Hast Du ein entbehrliches Kleidungsstück? Warum gibst Du es nicht?

Deine Brüder und Schwestern hungern, frieren und sterben in Rußland.

Tue Deine Pflicht!

lichen Industrie zu bekommen. Dies wäre kein Kommunismus, es wäre aber der bedeutendste Schritt auf dem Wege des Uebergangs zum Sozialismus, es wäre der Weg zum bedeutenden Fortschritt der Elektrifizierung, zur Schaffung der Vorbedingungen des Ueberganges der Bauernschaft zu der höheren kollektivistischen Produktionsordnung.

Dies ist nicht gelungen. Der langdauernde Bürgerkrieg hat uns wirtschaftlich geschwächt. Wir können nach seiner Beendigung nicht zur industriellen Produktion unter den Bedingungen des für uns vorteilhaftesten Kompromisses mit der Weltbourgeoisie übergehen. Die Unsicherheit unserer Außenlage gab der Bourgeoisie die Möglichkeit, von uns weitere Zugeständnisse zu erhalten, die Verhandlungen über die Konzessionen unter für uns minder günstigeren Bedingungen zu beginnen. Wir müssen deshalb die Wiederherstellung der Klein- und Mittelindustrie auf Grundlage der Verpachtungen zulassen. Dies wird selbstverständlich auch einen Teil der russischen Bourgeoisie wiederherstellen. Wir sind gezwungen, die Konzessionen unter weniger günstigen Bedingungen zu erteilen: Wir müssen Konzessionen in Zentralrußland gewähren, wir müssen dem ausländischen Kapital gestatten, die schon vorhandenen Fabriken in Gang zu setzen, anstatt daß es die noch nicht benutzten Produktivkräfte entwickelt. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist die Behaltung nur der zentralen Industrieunternehmungen in

den Händen der Arbeiterregierung. Wir bereiten uns bewußt auf das Zusammenleben mit der Bourgeoisie vor, das zweifellos eine Gefahr für das Bestehen der Sowjetregierung bedeutet, da diese das Monopol der Industrieerzeugnisse gegenüber der Bauernschaft verliert.

Bedeutet dies nicht den vollen Sieg des Kapitalismus? Können wir nicht von dem Verlust des sozialistischen Charakters unserer Revolution sprechen? Waren alle unsere Bemühungen, unser ganzer dreijähriger Kampf ein nutzloses Opfer?

Wir beginnen mit dieser letzteren Frage. Der ganze Gang der Entwicklung hat gezeigt, daß die Bourgeoisie keinen Grund hätte, zu uns als Pächter zu gehen, wenn wir sie nicht expropriert hätten, da sie der Eigentümer der Produktionsmittel war. Hätten wir sie nicht geschlagen, könnte man nicht von den Konzessionen sprechen. Wenn aber, wie wir schon gesagt haben, unsere Wirtschaftspolitik in den Jahren 1920 zum Siege notwendig war, so war sie auch eine Vorbedingung unserer neuen Wirtschaftspolitik in den Jahren 1920 zum Siege notwendig war, so war sie auch eine Vorbedingung unserer neuen Wirtschaftspolitik.

Wie hat diese neue Wirtschaftspolitik das Klassenverhältnis geändert? Auf dem flachen Lande konnte die Politik der Requirierungen nur eine Uebergangspolitik sein. Sogar im Falle des Sieges des Weltproletariats hätten wir auf sie verzichten. Auf dem Gebiete der Industrie sind unsere gegenwärtigen Zugeständnisse nur Uebergangszugeständnisse; selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß wir in einem Jahre die neuakkumulierten Kapitalien konfiszieren. Unsere Wirtschaftspolitik ist eine auf eine längere Zeitperiode berechnete, aber immerhin nur eine Uebergangspolitik. Unser Ziel bleibt dasselbe: die Industrie in den Händen des Arbeiterstaates. Aber gegenwärtig ist die staatliche Industrie nur ein Teil der gesamten Industrie; sie ist bloß eine schmale Basis der proletarischen Regierung. Was bedeutet dies? Die bedeutet, daß wir zurückgeworfen sind, daß wir nur diejenigen Stellen behalten, die zur Aufrechterhaltung der Macht der Arbeiter und Bauern notwendig sind.

Bedeutet dies, daß die Revolution eine nichtsozialistische ist? Nein. Es bedeutet nur, daß die siegreiche Arbeiterklasse nicht in stande ist, ihr gesamtes Programm zu verwirklichen, nicht einmal jenes Programm, daß in Rußland, einem kleinbürgerlichen Lande, vom theoretischen Standpunkte aus durchführbar wäre. Aber die Klasse, die infolge des starken Widerstandes der anderen Klassen, in unserem Falle infolge des Widerstandes des noch nicht gestürzten Weltkapitals, einen Rückzug antreten muß, diese Klasse hört nicht auf, die siegreiche Klasse, die herrschende Klasse zu sein. Als der Zarismus, die Regierung der Großgrundbesitzer, gezwungen war, dem Kapital Zugeständnisse zu machen, so daß die Bourgeoisie zur wirtschaftlich herrschenden Klasse wurde, hörte der Zarismus nicht auf, zu existieren, hörte die Großgrundbesitzerklasse nicht auf, die politisch herrschende Klasse zu sein. Ebenso wenig hört Rußland auf, das Land der Halbeigenschaft zu sein. Wenn die Bourgeoisie in Europa versuchen wird, die Revolution zu hemmen, indem sie sich zu dem Staatskapitalismus und sogar zur Arbeiterkontrolle über diesen bequem, so wird sie trotzdem nicht aufhören, die herrschende Klasse zu sein. Hiermit kommen wir zur letzten Frage. Es handelt sich nicht um den Charakter unserer Revolution: Sie ist durch die Arbeiterklasse durchgeführt und wird in den Annalen der Geschichte als sozialistische Revolution verzeichnet sein, auch wenn die russische Arbeiterklasse zeitweilig besiegt wäre. Wir sprechen über den Ausgang der Revolution.

Aus einer Versammlung der S. P. D.

Referent: Kampf dem Bucher mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, ist unsere Parole. Wir müssen die breuen Massen, auf deren Schultern unerträgliche Lasten ruhen, vor jeder Ausbeutung und Bewucherung bewahren.

Publikum: Klatscht stürmisch Beifall. Referent: (weiterprechend) Dies kann nur dann geschehen, wenn wir zur Enteignung des Grundes und Bodens und der Produktionsmittel schreiten.

Publikum: Sehr richtig! Referent: Wir brauchen dazu allerdings die Macht.

Darum gilt es in erster Linie, darauf hinzuwirken, daß wir in den Parlamenten eine sozialistische Mehrheit bekommen. Nicht mit dem Hüftzeug der Barbaren, sondern mit den Waffen des Geistes wollen wir uns eine bessere Zukunft und mit ihr Frieden, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erkämpfen.

Publikum: (Klatscht brandenden Beifall). Ein Diskussionsredner: Genossen! Die Ausführungen des Referenten in bezug auf Anwendung aller Mittel im Kampfe gegen den Bucher, kann nur der ernst nehmen, der die S. P. D. noch nicht kennt. Ich komme aus Berlin und habe Ihnen etwas darüber zu erzählen, wie man sich den Kampf wider den Bucher im „Vorwärts“ vorstellt. Es wird Ihnen bekannt sein, daß vor einiger Zeit die Sezer in Berlin streikten und nur die sozialistischen Zeitungen erschienen. Die Geschäftsleute waren daher gezwungen, in den sozialistischen Zeitungen zu inserieren. Der im kapitalistischen Sinne vorwärtsstrebende „Vorwärts“ hat diese Konjunktur auszunutzen verstanden, indem er den Anzeigenpreis pro Zeile von 4.— auf 10.— Mark, also um 150 Prozent erhöhte.

Zwischenrufe: Hört, Hört! Diskussionsredner (fortfahrend): In diesem Behagen liegt nach Ansicht des „Herrn Kallner“ ein Akt der

Enteignung und Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz, kurz, eine Sozialisierung. Wenn auch der „Vorwärts“ keine Goldwerte erkaufte, so tun es doch Herr Lemert im Rhénania-Konzern und die verschiedenen Minister sozialdemokratischer Richtung. Wir können also in dieser Richtung ebenso vertrauensvoll und sicher, wie in der Bekämpfung des Buchers sein.

Zwischenrufe: Sehr richtig. Diskussionsredner: Allerdings, Genossen, hat die Sache einen Haken. Der „Vorwärts“ wurde nämlich wegen groben Buchers angezeigt und bei der bekannten Feindschaft zwischen der S. P. D. und den Einheitsparteien ist anzunehmen, daß der „Vorwärts“ wegen Gefährdung der Stinnesrepublik für immer verboten wird.

Erregte „Pflurufe“ und Heiterkeit im Publikum. Diskussionsredner: Es wäre dies höchst verhängnisvoll, denn der „Vorwärts“ hat, wie die „Volkswacht“, nicht klaffenbewußte Ausklärungsarbeit geleistet und das Proletariat im Kampfe gegen die bürgerlichen Bucherer tatkräftig unterstützt.

Große Heiterkeit. Der Versammlungsleiter ruft erregt: Das ist eine infame, kommunistische Lüge.

Große Heiterkeit. Der Diskussionsredner: Aber nicht genug damit. Das Proletariat sowohl, als auch die Bürger müßten bei einem Dauerverbot des Vorwärts für immer auf die hochspannenden Kriminalromane, in denen kommunistische Führer als „Eindbrecherkönige“ die Hauptrolle spielen, verzichten.

Abermals große Heiterkeit. Der Versammlungsleiter: Die zehn Minuten sind um. Ich entziehe Ihnen das Wort.

Es erhebt ein allgemeiner Tumult. Der Versammlungsleiter sieht sich gezwungen, die Versammlung zu schließen: Ich schließe hiermit die Versammlung!

lung! Es lebe die Klassenbewußte S. P. D.

Wenn ich die strammen Bonzen seh' Der vielberühmten SPD, Die mutig gegen „Bucher“ kämpfen, Dabei den Geist der Massen dämpfen, Dann weiß ich wohl, als Sozialist, Daß dieser Kampf verloren ist. — Der eine schmiert im Handelsteile Der „Frankfurter“ gar manche Zeile, Von ganz besonder Güte, Für Stinnes Geldsackblüte. — — — Der andre, allem Kampfe fern, Sigt im Rhénania-Konzern, Wo er im echten Bürgerfleisch Die „Gold“werte zu lassen weiß. — Der dritte — jetzt — Ex-Gzelle, 3 Beschäftigt sich in Permanenz Als hoher Präsidente, Wie er erschlagen könnte Den frechen, deutschen Proletar, Daß „Wehr“minister er einst war. — — Der vierte, der einst Grobschmied war, Beschäftigt sich fast immerdar Mit Kommunistenbanden In mitteldeutschen Landen. — — — Weil er der Sorgen hat, hat er auch Schnaps Und leidet wohl an einem — Klapps. — Der fünfte ist ein armer Nicht, Die rechte Hand verborrt ihm nicht, Drum ist er auch so sehr berühmt, Zumal, weil er den „Sozi“ mimt. — — — Wenn ich die strammen Bonzen seh' Der vielberühmten SPD, Dann weiß ich auch als Sozialist, Wie faul die ganze Sippe ist. — — —

Elende Zustände im Bergbau.

Rede des Genossen Sobotta.

In der letzten Freitagssitzung des Preussischen Landtages wurde die Beratung des Haushalts der Bergverwaltung vorgetrieben.

Der Redner der Kommunisten Genosse Sobotta, führte hierzu ungefähr folgendes aus:

Trotz des Einzugs des Sozialdemokraten Siering ins Handelsministerium ist der soziale Geist ferngeblieben. Für ihn ist die Frage des Wiederaufbaues die wichtigste, obwohl er als Sozialdemokrat wissen mußte, daß dieser Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft nur auf Kosten von Millionen Arbeitern geht. Wenn der Minister Siering die Verhandlungen des Bergarbeiterbetriebsrätekongresses heranzieht, um zu beweisen, wie bereitwillig die Bergarbeiter am „Wiederaufbau“ helfen wollen, dann scheint ihm wohl unbekannt, daß gerade auf jenem Kongress besonders betont wurde, daß der Wiederaufbau nur durch die Sozialisierung der gesamten Kohlenindustrie bewirkt werden kann. Ferner hat sich der Kongress noch mit außerordentlich wichtigen Fragen sozialer Art beschäftigt. Zwar hat man den Bergarbeitern schon vor Monaten das „Grubensicherheitsamt“ versprochen, doch bis heute ist davon noch kein Hauch zu spüren. Weiter will und wollte man schon immer den Bergarbeitern „billige“ Kartoffeln und Lebensmittel „sichern“.

Allelei leere Versprechungen macht man den Arbeitern! Als unter dem gewaltigen Eindruck der furchterlichen Grubenkatastrophe von Mont-Cenis beschloffen wurde, daß die Außerkräftsetzung von bergpolizeilichen Vorschriften oder von Teilen derselben für einzelne Gruben nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen könne und daß in jedem Falle die Belegschaft dieses durch Anschlag bekanntgemacht werden müsse, hat man bereits nach acht Tagen an Stelle der „Zustimmung“ die Worte „nach Vereinbarung“ gesetzt. Dabei sind auch die sozialdemokratischen Vertreter im Hauptauschuß umgefallen. Man jammert sehr über Kohlennot, verschweigt man aber die Bergarbeiter in solcher Weise, daß man ihnen nur leere Versprechungen gibt? Wenn das so weiter geht, werden die Bergarbeiter des Ruhrreviers es sich schon überlegen, ob sie noch einmal Ueberdächten wie in den Vorjahren verfahren.

Würden die Bodenschätze Preußens zum Wohle der Gesamtheit gehoben, dann könnte Wohlstand und Wohlleben im Volke herrschen.

Das kann eben nur die Sozialisierung des Bergbaues umwege bringen. Gewaltige Kämpfe hat das Proletariat bereits darum geführt. Auch leere Worte waren es, die man den Arbeitern gab unter dem Motto: „Die Sozial-

sierung marschieren“. Sie marschieren heute noch; man weiß bloß nicht, wohin? Wir warten noch heute auf Antwort.

Die Gewinne der Grubenbarone steigen von Jahr zu Jahr. Dabei jammert man über „geringe Gewinne“. Millionen werden ausgezahlt an Leute, die noch nie einen Schornstein einer Kohlengrube rauchen sahen. Ueber die „hohen Löhne der Bergarbeiter“ stöhnt die Rechte des Hauses und will damit die unerhöhten Kohlenpreise rechtfertigen.

In Wirklichkeit sieht es recht trübe mit den Löhnen aus. Wir haben beantragt, daß die Kohlensteuer gestrichen wird, weil sie nur zur Verteuerung aller übrigen Lebensbedingungen beiträgt.

Genosse Sobotta behandelte sodann die einzelnen Titel des Etats, um den Nachweis zu erbringen, daß der Etat sich würdig in das kapitalistische System einreicht. Beim Materialienkauf müssen Betriebskäse hinzugezogen werden, weil nur sie als praktische Arbeiter mit den Maschinen und Werkzeugen im Bergbau vertraut sind.

Die Schutz- und Unfallvorrichtungen sind überaus mangelhaft. Die Unfallziffern steigen,

weil viele ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Gelernte Arbeiter wirft man aufs Straßenpflaster, weil sie als Fachmänner die Augen offener halten. Mehr als 17 Millionen sind von den Bergbehörden angefordert, um alle Schutzvorschriften erfüllen zu können. Im Bericht heißt es aber: „Beschwerden von Arbeitnehmern wurden in allen Fällen abgewiesen.“ Bei Unfällen und Nichteinhaltung der Sicherheitsvorschriften geht es dann nach dem Motto: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!

Ausführlich geht Genosse Sobotta dann noch auf die Zustände in den einzelnen Bergbaubezirken ein. Die kleinliche Behandlung der Bergarbeiter geißelte er treffend. Besonders die Zustände auf der Zeche „Königsgrube“ unterzieht er einer eingehenden Kritik. Die Gefahren, in denen der Bergmann stündlich steht, ergeben sich von selbst das größte Maß von sozialer Furcht. Die Oeffentlichkeit wird jedoch meist bei Grubenunglücken belogen. „Die Bergarbeiter“, so schloß der Redner, „werden sich diese Behandlung nicht mehr länger gefallen lassen. Sie werden Schlag machen mit ihren Ausbeutern, und werden dafür sorgen, daß menschenwürdige Verhältnisse im Bergbau eintreten, so daß auch für den Bergmann, der heute nur im Schatten lebt, das Morgenrot aufgeht, und daß ihm ermöglicht wird, als Mensch unter Menschen leben zu können.“ (Bravo bei den Komm.)

Werden die Volkswirtschaft unter den Bedingungen der Warenproduktion auf dem flachen Lande und der teilweisen Wiederherstellung des Kapitalismus in der Industrie die Macht behalten? Unsere Feinde weisen darauf hin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Politik bestimmen, daß die wirtschaftlichen Zustände, die wir der Bourgeoisie machen, zu politischen Zuständen führen müssen. Dieses angeblich marxistische ABC hat nichts mit Marxismus gemeinsam, da es abstrakt ist, weder mit der Zeit noch mit dem Raum rechnet. Würden die Kräfte der Weltkapitalismus im Laufe von wievielen Jahren wachsen, die Revolutionskräfte sich aber abschwächen, so müßte die Arbeiterklasse zu allererst besiegt werden. Aber als die Großgrundbesitzerklasse in Rußland wirtschaftliche Zustände an die Bourgeoisie machte, hat sie sich doch noch sehr lange politisch gehalten. Wohl folgten die politischen Zustände, zuletzt die Kapitulation der Großgrundbesitzerklasse, den wirtschaftlichen Zuständen. Der Grund liegt aber nur darin, daß die Großgrundbesitzerklasse eine sich auf dem absteigenden Ast der Entwicklung befindliche Klasse, eine absterbende Klasse war. Vom Weltstandpunkt aus ist aber die Arbeiterklasse, die dem Siege sich nähernde Klasse; von diesem Standpunkt aus ist die Bourgeoisie die sich auflösende, geschichtlich absterbende Klasse. Deshalb kann die Arbeiterklasse Rußlands sich auf die ökonomischen Zustände beschränken und politische Zustände der Bourgeoisie verweigern, da sie eine berechnete Hoffnung hat, daß ihre Kräfte in ruffischem und im internationalen Maßstab schneller wachsen werden, als die Kräfte der russischen Bourgeoisie.

Die Geschichte der russischen Revolution bestätigt, daß sie die erste sozialistische, die erste proletarische Revolution ist. Sie ist eine proletarische Revolution, in einem kleinbürgerlichen Lande. Ihr Ergebnis wird sich aus diesem Grunde von dem Ergebnis der proletarischen Revolution in solchen Ländern wie England und Amerika unterscheiden, wo die Arbeiterklasse nach der eine lange Kampferiode krönenden Machtergreifung viel schneller als wir ihr Programm sogar auf dem flachen Lande verwirklichen können wird. Sie ist eine proletarische Revolution, die unter ungünstigeren inneren und äußeren Bedingungen vor sich geht als jede andere Revolution. Aber sie ist eine proletarische, sie ist eine sozialistische Revolution: die Tradition vom Oktober ist das Programm der Weltrevolution.

Der Oktober ist kein Jahrestag der Komödie der Zerungen, des Kampfes, in dem die Arbeiterklasse unbewußt, wie die Menschewiki sagen, zum Werkzeug einer fremden Klasse geworden ist. Er ist Jahrestag des Beginnes der großen internationalen proletarischen Revolution. Auch jetzt, da wir in den zurückgegangenen Stellungen kämpfen, die Opfer unseres Kampfes ausrechnen, können wir mit voller Ueberzeugung und in voller Ruhe sagen: Wir sind im Oktober den richtigen Weg gegangen und unser ist der Sieg.

Die Neue Etappe.

(Trotz's neues Buch über Strategie und Taktik des revolutionären Klassenkampfes.)

von E. Pawlowski.

„Die Kunst der Taktik und Strategie, die Kunst des revolutionären Kampfes kann man nur aus Erfahrung, durch Kritik und Selbsterkenntnis lernen.“ (S. 61.)

Ein neues Buch von Trotz ist immer ein Ereignis. Wie erst, wenn es sich um die grundlegenden Fragen der revolutionären Strategie und Taktik vor gegenwärtige Epoche handelt. Es ist ein Buch, das viel Neues, große Diskussionen hervorzurufen kann.

Im seinem Buch, dessen Kern zwei Netze bilden, welche Logik vor und nach dem Dritten Kongress der kommunistischen Internationale hielt, knüpft er an vor allem die Frage, was sich die Hoffnung auf einen unmittelbaren Zusammenbruch des Kapitalismus in Europa — wie er im Jahre 1919 wahrgeahnt schien — nicht erfüllt hat. Die Bourgeoisie hat sich als Klasse politisch nicht abgetrennt, hat im Schlimmsten nicht gewonnen, die soziale Schwere der Lage hat sich nicht verschärft. Die Klassenkämpfe sind nicht zu Ende gekommen, die Klassen sind nicht auseinandergefallen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht als Klasse politisch abgetrennt, hat im Schlimmsten nicht gewonnen, die soziale Schwere der Lage hat sich nicht verschärft. Die Klassenkämpfe sind nicht zu Ende gekommen, die Klassen sind nicht auseinandergefallen.

Die neue Phase ist jetzt mit der Kritik an der Taktik der europäischen kommunistischen Parteien an. Die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien ist die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien. Die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien ist die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien.

Was ist nun das Wesen der Ausprägungen Troz's? Es geht um die revolutionäre Taktik und Strategie. Die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien ist die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien. Die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien ist die Taktik der europäischen kommunistischen Parteien.

Erhältener bei Karl Poppe, Verlag Hamburg.

Umfänden, auch wenn voraussichtlich ein Erfolg auszuflohen scheint, rein um der Aktion willen, immer die Offensive zu ergreifen müsse. Demgegenüber betont er, daß, da ein Sieg des Proletariats nur durch die Mitwirkung der breiten, nicht kommunistischen Arbeitermassen möglich sei, diese aber für einen Verteidigungskampf als für einen Angriffskampf zu haben sind, es abzuwägen sei, jeden Kampf von vornherein offensiv zu führen und als Offensive zu verstanden. Der Kampf des Proletariats als Ganzes ist natürlich ein offensiver Kampf gegen die herrschende Klasse. Man kann eine herrschende Klasse nicht stützen, wenn man sie nicht angreift. Aber in diesem offensiven Feldzuge wird die Strategie — so wie im Kriege selbst — je nach den gegebenen Verhältnissen offensiv oder defensiv sein müssen.

Der Dritte Kongress sagte zu den Kommunisten aller Länder: „... Nur ein Verräter kann die Notwendigkeit der revolutionären Offensive leugnen, aber nur ein Dummkopf kann die ganze revolutionäre Strategie auf die Offensive zurückführen...“ (Seite 52.)

Die Kritik Troz's ruht auf den jahrzehntelangen Erfahrungen des revolutionären Kampfes in Rußland. Darum ist sie für jeden Leser außerordentlich lehrreich. Es handelt sich hierbei nicht darum, die Strategie und Taktik der europäischen Kommunisten nachahmen zu wollen. Dies wäre ein verhängnisvoller Fehler, da die Kampfverhältnisse in Europa ganz andere sind als in Rußland. Trotz selbst warnt eindringlich hierdort: „Der Gang der russischen Revolution“, sagt er, „ist ein sehr wichtiges historisches Beispiel, aber keineswegs eine politische Regel“. Es ist die Methode der Kampfleitung, welche unseres Erachtens vor allem wichtig ist. Die eingehende in die Grundlagen der Klassenkampfverhältnisse eindringende Analyse. Das klare Bewußtsein dessen, wie stark die eigenen Kräfte und die Kräfte des Gegners im gegebenen Momente sind. Klarheit nicht nur über das Endziel des Kampfes, sondern auch über das unmittelbare Ziel jeder einzelnen Aktion. Die gründliche Vorbereitung und funktionelle Einigung jeder Aktion: die sichere Kenntnis der Methoden des revolutionären Klassenkampfes ist es, was die europäischen kommunistischen Parteien vor den russischen Genossen vor allem lernen müssen. Und obwohl nicht diese revolutionären Erfahrungen nicht systematisch dargestellt, obwohl dieselben nur als Hintergrund jener kritischen Bemerkungen über die Taktik der europäischen kommunistischen und internationalen kommunistischen Parteien erscheinen, gibt es sehr wenige Bücher in der kommunistischen Literatur, welche für die Kämpfer in den europäischen kommunistischen Parteien nützlicher waren als diese.

Einige Schwierigkeiten werden dem ungründlichen Leser die angefügten drei großen Tabellen bereiten. Die erste Tafel zeigt, in welchem Verhältnis sich innerhalb die Preise im Jahre 1920 über das Niveau des Jahres 1914 in den verschiedenen Ländern erhoben (die rote Linie über der horizontalen); wie sich andererseits die Produktion 1920 gegenüber 1914 gehandelt (die vertikale

Linie). Die ganze tiefgehende Veränderung der Weltwirtschaft spiegelt sich in diesen drei Linien: Berlin: höchste Preise, geringste Produktion; London: wenig erhöhte Preise, demnächst gleich große Produktion wie vor dem Kriege; Amerika: kaum erhöhte Preise, stark erhöhte Produktion. Die zweite Tabelle zeigt die Entwicklung des englischen Kapitalismus, illustriert durch die Summe des Außenhandels pro Kopf. Wir setzen: außer den 6—11 Jahre währenden Perioden eines industriellen Zyklus (Prosperität, Krise, stauer Geschäftsgang) gibt es ganze Epochen der langsamen und der stummen Entwicklung. Die Knotenpunkte sind die Zeiten der großen Kriege und Revolutionen. Die dritte Tabelle zeigt die Stärke der Heere vor und nach dem Kriege. — So interessant aber auch diese Tabellen und die ökonomischen Ausführungen überhaupt sind, Wesen und Wert des Buches liegen in den präzisen und taktischen Ausführungen, die die reichen Erfahrungen der siegreichen russischen Revolution widerspiegeln.

Partei-Literatur.

- Neu erscheinen in den nächsten Tagen:
- Katalog des Verlages der kommunistischen Internationale. (3. Auflage.) 42 Seiten, mit vier Bildern und ausführlicher Inhaltsangabe der Verlagswerke. (Gegen Einsendung von 50 Pf. zu beziehen und die Auslieferungsstelle und sämtliche Parteibuchhandlungen.)
- R. W. Price, Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917—19. 495 S. Preis für Drg. 15,— M., im Buchh. brosch. 22,— M., geb. 30,— M.
- Protokoll des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale. 798 S. Preis: für Drg. 12,— M., im Buchh. brosch. 18,— M., geb. 25,— M.
- Protokoll des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale. Etwa 1050 S. Preis: für Drg. 25,— M., im Buchh. brosch. 60,— M., geb. 75,— M.
- R. Krain und S. Sinowjew, „Gegen den Strom“. Gesammelte Aufsätze aus der Kriegszeit. Etwa 600 S. Preis: für Drg. 25,— M., im Buchh. brosch. 60,— M., geb. 75,— M.
- R. Bagaria, Die Ökonomie der Transformationsperiode. Etwa 200 S.

Alle Bücher durch die kommunistische Bucherei, Gröblicher Straße 45, erhältlich.

Genosse!

wirf diese Zeitung nicht fort, gib sie an Deinen Arbeitskollegen im Betriebe weiter!